

Für die Globalisierung der Gerechtigkeit

Die Reformierten Kirchen
Bern-Jura-Solothurn
als Teil der weltweiten ökumenischen
Bewegung

**Grundlagenpapier zur
Policy des Synodalarats**

Inhalt	Seite
0. Einleitung	5
0.1. Die Suche nach Gerechtigkeit im öffentlichen Leben	5
0.2. Wir haben Anteil an der Globalisierung, die wir verändern möchten	6
0.3. In der Ökumene die Perspektive von Betroffenen einbeziehen	7
1. Die Globalisierung der Gerechtigkeit als Alternative zur heutigen Situation.....	10
1.1. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die grenzenlose Macht von Markt und Wettbewerb.....	11
1.2. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen den wachsenden Graben zwischen arm und reich	12
1.3. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die Dominanz der Finanzmärkte.....	13
1.4. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen Machtkonzentration und strukturelle Gewalt	14
1.5. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die grenzenlose Flexibilisierung der Menschen.....	16
1.6. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die Ungleichheit der Geschlechter.....	17
1.7. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die Ausgrenzung von Opfern	18
1.8. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die uneingeschränkte Deregulierung und Privatisierung	19
1.9. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die Zerstörung der Schöpfung.....	20
2. Schwerpunkte unseres Handelns.....	22
2.1. Handeln in der Kirche.....	23
2.2. Handeln in der Gesellschaft.....	25
3. Ethische Perspektiven für die kirchliche Auseinandersetzung mit der Globalisierung.....	28
3.1. Lebensdienlichkeit	28
3.2. Gerechtigkeit	29
3.3. Solidarität.....	31
3.4. Partizipation.....	32
3.5. Bewahrung der Schöpfung	33
3.6. Die ökumenische Perspektive	35
4. Quellenangaben und Erläuterungen	38

Im Auftrag des Synodalrates verfasst von einer Projektgruppe unserer Kirche:

Uli Geisler, Arbeitsgruppe Oekumene
Matthias Hui, Fachstelle OeME,
Helmut Kaiser, Prof. Dr. theol.
Irene Meier, Mitglied der Synode
Walter Rohrer, Fachstelle Gesellschaftsfragen
Susanne Schneeberger, Fachstelle OeME
Werner Zingg, ehem. Mitglied der Synode
Albert Rieger, Leiter Bereich OeME – Migration

OeME steht für: Oekumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit

Verabschiedet vom Synodalrat am 27. August 2003

Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn
Postfach
CH-3000 Bern 23

Telefon 031 370 28 28
www.refbejuso.ch
E-Mail: zd@refbejuso.ch

0. Einleitung

Ein erstes Lied: Psalm 146¹

Hallelujah!

Lobe den Herrn, meine Seele!

Ich will den Herrn loben, so lange ich lebe,

will meinem Gott singen, so lange ich bin.

*Verlasset Euch nicht auf Fürsten, nicht auf den Menschen,
bei dem doch keine Hilfe ist.*

*Fährt sein Odem aus, so kehrt er wieder zur Erde,
und alsbald ist's aus mit seinen Plänen.*

*Wohl dem, dessen Hilfe der Gott Jakobs,
dessen Hoffnung der Herr, sein Gott, ist,
der Gott, der Himmel und Erde gemacht hat,
das Meer und alles, was in ihnen ist,
der ewiglich Treue hält,*

*der Recht schafft den Unterdrückten,
der den Hungernden Brot gibt.*

*Der Herr erlöst die Gefangenen,
der Herr öffnet den Blinden die Augen,
der Herr richtet die Gebeugten auf,
der Herr liebt die Gerechten.*

*Der Herr behütet den Fremdling,
Waisen und Witwen hilft er auf,
doch in die Irre führt er die Gottlosen.*

*Der Herr wird herrschen in Ewigkeit,
dein Gott, o Zion, von Geschlecht zu Geschlecht!*

0.1. Die Suche nach Gerechtigkeit im öffentlichen Leben

Es gehört zum Kern des Auftrages unserer reformierten Kirche, dass wir uns in Grundsätzen wie in der praktischen Arbeit für eine gerechte Welt einsetzen. In der Verfassung unserer Landeskirche heisst es: Die Kirche *"bezeugt, dass das Wort Gottes für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, wie Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur gilt. Sie bekämpft daher alles Unrecht sowie jede leibliche und geistige Not und ihre Ursachen."*² Deshalb formulieren wir in diesem Grundlagenpapier und der daraus entstandenen „Policy“ eine eigene Position zu den Fragen der Globalisierung, welche die Lebensverhältnisse auf dieser Erde massgeblich prägt.

Die Beschäftigung mit der Globalisierung konfrontiert uns mit unserem reformierten Erbe. Der Glaube in der Tradition Zwinglis und Calvins bestärkt uns darin, als Christinnen und Christen an einer menschenwürdigen und auf Gerechtigkeit ausgerichteten Gemeinschaft zu bauen, welche niemanden ausschliesst. Wir verraten unsere Tradition, wenn wir uns auf persönliche und moralische Fragen zurück ziehen. Gemeinschaftliche Strukturen und staatliche Institutionen sind Werk-

zeuge, nicht Hindernisse zur Realisierung einer allen dienenden Wirtschaft. Die Grenzen ihrer Gerechtigkeit werden tatsächlich, aber immer nur vorläufig, von Sachzwängen, Machtverhältnissen und egoistischen Verhaltensweisen festgelegt. In der reformierten Theologie und Ethik kennen wir letztlich keine andere Ausrichtung als jene auf die Liebe und die Gerechtigkeit³. Jede einzelne Frau, jeder Mann und jedes Kind besitzen ihre unantastbare Würde oder modern ausgedrückt ihre Menschenrechte, ungeachtet ihrer Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Und die Würde des Menschen ist ganz mit der Würde der Schöpfung verbunden.

Samuel Lutz, Präsident des Synodalrats unserer Kirche, formulierte an der Tagung "refkirchenbe-ju.global - Die Kirche und die Globalisierung" vom 9. September 2002 in Bern unseren Auftrag so: *"Wir wirken – als Kirche in Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur – mit Zwinglis Worten: innerhalb der menschlichen Gerechtigkeit, nach Massgabe der göttlichen Gerechtigkeit, bzw. heute innerhalb der globalisierten Weltgesellschaft und in unserem Land nach Massgabe von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung."*⁴ Wir verstehen unseren kirchlichen Beitrag zur Globalisierungsdebatte als Vertiefung des konziliaren Prozesses, wie er in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden ist: In der weltweiten Ökumene ist die Ausrichtung allen Handelns und Bezeugens von den drei Grundwerten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung bestimmt.

0.2. Wir haben Anteil an der Globalisierung, die wir verändern möchten

Als Kirche betrachten wir die Globalisierung nicht von aussen. Wir selber sind Teil einer globalen Geschichte von Verheissung, Unterdrückung und Befreiung. Wir leben in einem internationalen ökumenischen Beziehungsnetz. Wir sind verwoben in unsere Gesellschaft. Wir wissen um den Pluralismus und die Interessenlagen unserer Mitglieder. Wir funktionieren in Strukturen, die uns enorme materielle und gesetzliche Privilegien gewähren. Und wir sind ausgestattet mit der Freiheit, weitgehend demokratisch selber zu entscheiden, wofür wir unsere Ressourcen einsetzen. Wir sind als Einzelne und als Institution Teil der globalisierten Wirtschaft – Nutzniesserinnen und Nutzniesser, bisweilen Mittäterinnen und Mittäter, seltener als andere sind wir Opfer.

Die Wirtschaft – lokal und global – gibt es, weil es den Menschen gibt. Sie ist die Gesamtheit von Prozessen und Institutionen, welche der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen. Deshalb ist die Kirche nicht für oder gegen die Wirtschaft, für oder gegen die Globalisierung. Wir nehmen ihre Dynamik und Chancen in vielen Bereichen wahr: Bei der weltumspannenden Kommunikation, bei der Tendenz zur Globalisierung der Menschenrechte (zum Beispiel mit dem Internationalen Strafgerichtshof) oder beim immer unmittelbarer notwendigen weltweiten interreligiösen Dialog. Und wir differenzieren: Die vielen Kleinen und Mittleren Unternehmen unserer Region stehen zum Beispiel vor anderen Herausforderungen als die transnationalen Konzerne.

Die ökonomische Globalisierung, mit der wir uns beschäftigen, verstehen wir so, wie Aymo Brunetti und Eric Scheidegger vom seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) sie umschreiben: *„Globalisierung [ist eine] Bezeichnung für die Entstehung weltweiter Märkte, das heisst die zunehmende Internationalisierung des Handels, der Finanz-, Waren- und Dienstleistungsmärkte sowie die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften. Der Globalisierungsprozess wird v. a. durch neue Technologien im Kommunikations-, Informations- und Transportwesen, neue Organisationsformen der betrieblichen Produktionsprozesse sowie Liberalisierungs- und Deregulierungsmassnahmen in vielen Län-*

dern vorangetrieben; Hauptakteure sind multinationale Unternehmen (auch Multis, Global Players genannt).⁶ Kontrovers ist nicht die Definition, sondern die Einschätzung, wie sich die Globalisierung auswirkt, wie sie polarisiert. Die entscheidende Frage ist, wie die Globalisierung zu einem den Menschen und dem Planeten gerecht werdenden Prozess gestaltet werden kann.

Wir sind uns bewusst, dass Globalisierung unterschiedlich verstanden, bewertet und erfahren wird. Unser Text stellt ein klares, kirchliches Votum dar. Diese Position soll andere nicht ausgrenzen, sondern uns im Gegenteil zum Dialog befähigen und verpflichten. In einem Prozess möchten wir uns Argumenten öffnen – auch solchen, die für eine fortgesetzte Globalisierung zur Beseitigung von Armut sprechen.⁶ Es gibt beispielsweise Länder, die durch ihren Anschluss an die Globalisierung eine langsame Steigerung der Rechtssicherheit und Rechtsgewährung erfahren, zugunsten der dort lebenden Menschen.

Wir sehen uns als gemeinsam Lernende, nicht als dogmatisch Lehrende. So erhalten wir auch selber die Chance, unsere Sicht ständig zu vertiefen und unsere Haltung zu verändern. Wir argumentieren aus dem Blickwinkel der Benachteiligten und beziehen bewusst Position für sie. Unsere Ausführungen wollen aber nicht eine einseitige Deklaration sein, sondern als Grundlage dienen für den Dialog mit breiten Kreisen in unserer Region. Seien dies VerantwortungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft, von denen viele Glieder unserer Kirchen sind und die sich – davon gehen wir aus – in ihrem Handeln und Entscheiden am Ziel orientieren, ökonomische Gerechtigkeit für alle zu schaffen oder seien es VertreterInnen globalisierungskritischer Bewegungen.

Der Synodalrat hat als ein Hauptziel seines Legislaturprogramms 2004–2007 formuliert: *"Wir treten auf allen Ebenen ein für eine gerechte und solidarische Gesellschaft."* Er erläutert dazu: *"Der Friede und die Umwelt sind bedroht. Wirtschaftlich und sozial öffnet sich die Schere zwischen arm und reich immer mehr. Die Globalisierung wirkt asozial und umweltzerstörend."⁷* Wir glauben, dass die ökonomische Globalisierung der letzten beiden Jahrzehnte heute in eine Sackgasse geraten ist. Die Versprechen, dass der Reichtum allmählich zu den Armen durchsickert und der Markt Probleme von Ausgrenzung und Not automatisch beseitigen wird, sind in unserer Gesellschaft und erst recht auf Weltebene immer weniger glaubwürdig. Wirtschaftliche Krisen und Skandale, der fortschreitende Ausverkauf staatlicher Dienstleistungen und die Missachtung moralischer Werte auf dem freien Markt haben viele Menschen hellhörig und kritisch werden lassen. Die Kritik am globalisierten Wirtschaftssystem wächst, selbst innerhalb der Institutionen, welche dieses System repräsentieren. Der Synodalrat spricht davon, dass sich *"unter der Jugend erfreulicherweise wieder vermehrt Solidarität und politisches Bewusstsein abzeichnet"⁸* Die Gegenwart birgt damit enorme Chancen zur wirklichen Veränderung wirtschaftlicher Strukturen in Richtung einer Globalisierung von Gerechtigkeit statt von totalem Wettbewerb, allerdings auch die Gefahr blosser kosmetischer Retuschen zugunsten des Status quo.

0.3. In der Ökumene die Perspektive von Betroffenen einbeziehen

Unsere Suche nach einer eigenen Position zur Globalisierung ist nicht nur eine unmittelbare Antwort auf die bedrängende Lage vieler Menschen auf dieser Erde am Anfang des neuen Jahrtausends. Sie ist auch die Konsequenz eines innerkirchlichen Konflikts: Ende 2001 sind am Beispiel der Haltung zum World Economic Forum (WEF) in Davos in unserer eigenen Kirche sehr unterschiedliche Haltungen im Umgang mit der ökonomischen Globalisierung und ihren Wortführern aufeinander-

der gepallt. Dieses Ringen in unserer Kirche, an dem sich die Kirchenleitung, Fachstellen und viele Menschen in den Kirchgemeinden und einer weiteren Öffentlichkeit beteiligt haben, hat uns Chancen eines Lernprozesses aufgezeigt, für die wir dankbar sind: An unserer kirchlichen Basis, aber auch in der Gesellschaft insgesamt wurde ein verstärktes Interesse für die Haltung der Kirche zu grundlegenden wirtschaftlichen Fragen geweckt. Menschen erwarten noch immer, dass unsere Institution einen Anspruch auf gerechte Strukturen formuliert. Frauen und Männer suchen auch über die Kirche einen Zuspruch in den Fragen und Nöten des Alltags, der heute auch in der Schweiz vielfältig von der Globalisierung geprägt ist.

In unserer Kirchenordnung heisst es: Jede Kirchgemeinde *"weiss sich verbunden mit der weltweiten Christenheit, nimmt Anteil an ihren Erfahrungen, Leiden und Hoffnungen (...)":*⁹ *"Durch ihre Mitgliedschaft beim Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund ist sie (unsere Kirche) verbunden mit (...) der weltweiten Christenheit und beteiligt sich an deren gemeinsamen Aufgaben und Werken. Erfahrungen und Zeugnis anderer Kirchen sind ihr Herausforderung und Ermutigung für ihr eigenes Leben."*¹⁰ Durch die Debatten um die Globalisierung ist unsere Kirche verstärkt in die ökumenische Bewegung hinein genommen worden. Wir haben wieder – auch durch die Einladung von Gästen aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen und dem Reformierten Weltbund – neu gelernt, dass wir in der Auseinandersetzung mit diesen Fragen immer Teil der weltweiten ökumenischen Bewegung sind und auf viel Vorarbeit aufbauen können. Dabei erfahren wir fruchtbar, wie unsere "provinzielle" Sicht auf das Gespräch und Korrektiv der weltweiten Kirche treffen kann. Heute, mit einiger Verzögerung, haben wir in unserer Kirche tatsächlich begonnen, Antworten auf die Impulse der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes 1997 zu formulieren und die nächste Generalversammlung vorzubereiten. Der Reformierte Weltbund rief seine Mitgliedkirchen, zu denen wir mit Überzeugung gehören, *"auf allen Ebenen zu einem verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (Processus Confessionis) bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung auf."* Dieser Prozess sei *"als eine Frage extremer Priorität zu fördern"*.¹¹

Wir möchten uns dieser Herausforderung stellen. Wir wollen auf jene Fragen, welche die ökonomische Globalisierung anfangs des 21. Jahrhunderts aufwirft, eigene Antworten finden. Dabei möchten wir uns mit unserem kirchlichen Selbstverständnis eigenständig in die Debatte einbringen – vor Ort und weltweit. Damit ist unser Blick auf die ökonomische Globalisierung nicht neutral, sondern in dreifacher Weise von unserem Hintergrund mitgeprägt:

Erstens versuchen wir, wirtschaftliche Realitäten an biblisch-ethischen Grundwerten zu messen. Als Leitfaden dient uns die Vision der Gerechtigkeit und die Einhaltung eines lebensfördernden Rechts, welches allen Menschen und der Natur ihre Würde bewahrt.

Zweitens stellen wir uns bewusst in unsere reformierte Tradition, welche uns als freie Menschen zur politischen Mitverantwortung für die Gestaltung der Gesellschaft und insbesondere auch der Wirtschaft verpflichtet. Das reformatorische Erbe und unsere Einbettung in die Tradition der Aufklärung und der liberalen Gesellschaft lassen uns gegenwärtige Entwicklungen und Machtverhältnisse insbesondere auf ihren Gehalt an Demokratie und Menschenrechten hin überprüfen.

Drittens möchten wir uns mehr denn je als Teil einer weltweiten Kirche verstehen. Den Gang der Welt und unsere eigenen Entscheidungen aus ökumenischer Perspektive zu beurteilen, bedeutet für uns: Wir bringen in jedem Moment nicht nur unsere geografisch, wirtschaftlich und anderweitig beschränkten Interessen in die Debatte ein, sondern versuchen immer, eine globale Verantwortung

wahrzunehmen. Insbesondere verpflichtet uns dies, die Perspektive der Betroffenen, der Opfer und der Verliererinnen und Verlierer einzubeziehen, jener Menschen, die durch die Globalisierung, wie sie sich gegenwärtig darstellt, um ihre Zukunft und ihre Lebenschancen gebracht werden.

In einem **ersten Teil** dieses Papiers machen wir einen Versuch, die wirtschaftliche Globalisierung aus unserer Sicht in Grundzügen und anhand von naheliegenden Beispielen zu beschreiben. Im **zweiten Teil** skizzieren wir einige Handlungsebenen für unsere Kirche. Im **letzten Teil** begründen wir die Perspektiven zur Beurteilung der Globalisierung, welche für die Erarbeitung der vorhergehenden Analyse und Handlungsstrategien wegweisend waren; wir bringen uns dabei mit einer ethischen Argumentation in die gesellschaftliche Diskussion ein, die auch für Kirchenfernere zugänglich ist. Das vorliegende Arbeitspapier möchte in seinen unterschiedlichen Teilen, die sich aufeinander beziehen, als Anregung zum Weiterdenken und eigenständigen Handeln verstanden werden.

1. Die Globalisierung der Gerechtigkeit als Alternative zur heutigen Situation

Ein zweites Lied: Dene wos guet geit¹²

*Dene wos guet geit
Giengs besser
Giengs dene besser
Wos weniger guet geit
Was aber nid geit
Ohni dass's dene
Weniger guet geit
Wos guet geit*

*Drum geit weni
Für dass es dene
Besser geit
Wos weniger guet geit
Und drum geits o
Dene nid besser
Wos guet geit...*

Mani Matter, Berner Liedermacher

Wir unternehmen in diesem Teil den Versuch, in verdichteter Form für neun Kernbereiche einige Strukturen und Beispiele von Auswirkungen der Globalisierung aufzuzeigen, die von vorwiegend ökonomischen Interessen geleitet ist. Ihre politischen Merkmale sind die Liberalisierung der Märkte, insbesondere der Kapitalmärkte, welche die reale Wirtschaft ins Abseits stellte, die Deregulierung der Wirtschaft, welche die herkömmliche Rolle des Staates radikal verändert, sowie die Privatisierung vieler Dienstleistungen, welche die Effizienz des Marktes höher bewertet als die demokratischen Ansprüche einer Gesellschaft. Am Horizont steht für uns – im Wissen um das Fragmentarische unseres Handelns – die Alternative einer Globalisierung menschen- und schöpfungsgerechter Wirtschafts- und Lebensformen.

Wir lösen mit diesem Papier keinen Anspruch auf eine umfassende Analyse der weltwirtschaftlichen Strukturen und Prozesse ein. Die Kirchen können sich dazu auf zahlreiche – auch eigene – Fachleute und Dokumente abstützen. Wo unsere Arbeit an Veränderungen ansetzen soll, ist Thema des nächsten Teils, wird aber auch hier bereits da und dort angeschnitten.

1.1. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: *Gegen die grenzenlose Macht von Markt und Wettbewerb*

Vielfältigste Aspekte unseres Lebens und Arbeitens drohen als Güter des Marktes betrachtet zu werden. Diese fortschreitende Ökonomisierung von immer weiteren Bereichen ist Ausdruck und Motor des wirtschaftlichen Prozesses der letzten Jahre, einer Entwicklung, die verkürzt als Globalisierung bezeichnet werden kann. Die Globalisierung unterwirft zunehmend auch unsere Beziehungen, unser Verhältnis zur Natur und letztlich unsere Daseinsberechtigung als Individuen den Kräften des freien Marktes. Die Steigerung der Effizienz ist das Ziel, der ökonomische Nutzen unseres Handelns droht zum Massstab aller Dinge zu werden. Sehr viele Menschen aus allen Gesellschaftsschichten und Erdteilen erliegen dem Charme der Ökonomisierung und deuten menschliches Handeln immer stärker aus der Perspektive des Marktes. Getan wird, was Nutzen und Vorteil bringt; was keinen Profit bringt, wird unterlassen. Wesentliches, was den Menschen ausmacht, fällt damit ausser Betracht: Uneigennütziges, von Liebe geleitetes und an ethischen Grundwerten orientiertes Handeln.

Damit müssen neoliberale Theorien, welche die Prinzipien des Marktes, des Konkurrenzsystems, der Freiheit des Unternehmertums, des Schutzes des Privateigentums und der entsprechenden Neudefinition der Funktionen des Staates über alle anderen Werte stellen, grundsätzlich hinterfragt werden. Wir haben noch zu wenig darüber nachgedacht, inwiefern das zugrunde liegende Menschenbild, das den Eigennutz und den Wettbewerb aller gegen alle hochhält und sogar Neid und Gewalt in Kauf nimmt, der christlichen Sozialethik grundsätzlich widerspricht. Diese stellt Gerechtigkeit, Solidarität und Partizipation sowie die bedingungslose Würde des Menschen ins Zentrum. Wir ahnen erst die Herausforderung auf der religiösen Ebene, wie sie der Marktfundamentalismus der letzten Jahre darstellt, der keine Alternativen duldet. Wenn der freie Markt nicht für das Leben da ist, sondern zum Götzen wird, steht er in einem unauflösbaren Widerspruch zu unserer biblischen Tradition: Sie stellt die Unverfügbarkeit Gottes und des Angenommenseins jedes Menschen ungeachtet seiner Leistung ins Zentrum

Manche Akteure der heutigen ökonomischen Globalisierung verhalten sich widersprüchlich. Sie reden vom freien Markt, sind aber aufgrund der Machtverhältnisse im Stande, fallweise eine protektionistische Wirtschaftspolitik zu betreiben. An der Berner Tagung vom 9. September 2002 bilanzierte der Wirtschaftsjournalist Markus Mugglin: *"Die Industrieländer predigen Freihandel (... und) Marktwirtschaft, setzen aber Macht über Marktwirtschaft. So wird die Globalisierung zur Einbahnstrasse. In der Richtung von den reichen zu den armen Ländern werden Hindernisse wegeräumt. In umgekehrter Richtung bleiben Markt-Hindernisse bestehen."*¹³

Zum Beispiel Ostasien: Es zeigt, dass wirtschaftlicher Erfolg teilweise gerade in Verletzung der wichtigsten Regeln der Globalisierung entstanden ist. So haben Südkorea, Taiwan oder auch China ihren Binnenmarkt jahrelang geschützt, bevor sie sich schrittweise dem Welthandel öffneten. Politische Rahmenbedingungen eines starken Staates, geostrategische Interessen der USA und weitere marktfremde Faktoren haben in diesen Ländern im Gegensatz zu anderen den Aufbau eines nationalen Industrie- und Dienstleistungssektors ermöglicht.

Zum Beispiel unsere Landwirtschaft: In der Wirtschaft unseres Kirchengebietes spielt die Landwirtschaft noch eine stärkere Rolle als anderswo. Die in diesem Sektor arbeitenden Menschen sind enormen Veränderungsprozessen unterworfen. Sie stehen vor grossen Herausforderungen, in denen

sie die Kirche seelsorgerlich, aber auch mit ökonomischer Kompetenz begleiten soll. Anders als im Süden bestehen vorderhand glücklicherweise Möglichkeiten zum Widerstand gegen den Globalisierungsdruck. Dieser zeigt sich insbesondere in den WTO-Verhandlungen in Richtung umfassender und sofortiger Integration in den Weltmarkt. Der schweizerische Agrarplan 2002 sieht vor, die Multifunktionalität unserer Landwirtschaft mit Direktzahlungen an die ProduzentInnen anzuerkennen. Über die reine Produktion hinaus soll die Landwirtschaft verschiedene Funktionen in den Bereichen der Ökologie (Boden- und Waldpflege, Artenvielfalt, Lawinenschutz, Wasserhaushalt), des Tourismus, der kulturellen Tradition oder der Beziehung zwischen Mensch und Mitwelt erfüllen können. Allerdings kann die entsprechende Vorgabe „mehr Markt und mehr Ökologie“ in der schweizerischen Politik nur dann erfolgreich sein, wenn sich die Betroffenen (Bauernschaft, KonsumentInnen) mit aller Kraft für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzen: Sie steht auf der Grundlage erneuerbarer Ressourcen und einer risikoarmen Verwendung von mineralischer Energie und Hilfsstoffen.¹⁴ Nur so kann der internationalen Nahrungsmittelindustrie begegnet werden, die auf Kosten der bodenabhängigen, biologisch wirtschaftenden Bauernschaft für die künstlich-synthetische Nahrungsherstellung lobbyiert. Die Spannungen zwischen einem Abbau des Marktprotektionismus im Norden zugunsten der Länder des Südens und den Interessen einer nachhaltigen Landwirtschaft weltweit sind vorhanden. Sie werden dann reduziert, wenn die technisch-industrielle Nahrungsmittelproduktion, -verarbeitung und -verteilung ihre Kosten, welche die Umwelt belasten, ausweisen und bezahlen muss. Die Kirche kann mit ihren globalen und lokalen Partnern in der Landwirtschaft einen Beitrag zum weltweiten Dialog leisten. Unsere hiesigen Erfahrungen einer langsamen Marktöffnung, einer breiten gesellschaftlichen Debatte und der feingliedrigen staatlichen Regulierung müssten auf die globale Ebene übertragbar sein. Aber auch die Schweiz hat zu lernen: Unser Land ist verpflichtet, die für den Süden verheerenden Exportsubventionen, exemplarisch etwa in der Zuckerproduktion, abzuschaffen.¹⁵

Zum Beispiel unsere Kirchen: Wir haben wohl manche internen Entwicklungen der Veränderung von Strukturen, Finanzen und Zielen selber zu wenig theologisch reflektiert und uns in verschiedenen Bereichen den herrschenden marktwirtschaftlichen Verhältnissen zu unkritisch untergeordnet. Wir laufen manchmal selber Gefahr, dass wir uns stärker an sogenannten Kundeninteressen orientieren als am Evangelium oder dass wir unsere Managementeffizienz und Wettbewerbsfähigkeit steigern, ohne die Ziele immer genau definiert zu haben. Wir sind uns bewusst, dass wir gegen ausen dann glaubwürdig auftreten, wenn wir uns auch selber immer wieder den gleichen Fragen nach gerechteren Strukturen stellen.

1.2. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen den wachsenden Graben zwischen arm und reich

Nach Jahren der ökonomischen Globalisierung, welche Verbesserungen versprach, müssen immer noch 1,2 Milliarden Menschen mit einem Einkommen von weniger als einem Euro pro Tag leben. 70% von ihnen sind Frauen. Jeden Tag sterben weltweit etwa 100'000 Menschen an den Folgen von Unterernährung. Fast 800 Millionen Menschen sind ohne ausreichende Ernährung.¹⁶

In einer Botschaft der schweizerischen Regierung an das Parlament, die auch das positive Potenzial der Globalisierung anspricht, heisst es: „Durch die Globalisierung sind vielerorts die wirtschaftlichen und sozialen Gräben gewachsen. Insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder haben Mühe, vom Wachstum der Weltmärkte und von den neuen Technologien zu profitieren.“¹⁷ Die Weltgemeinschaft hat am Millenniums-Gipfel der UN-Generalversammlung vom September 2000 einstimmig eine Reihe von Entwicklungszielen verabschiedet, die bis zum Jahr 2015 umgesetzt sein

sollen. So soll die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, halbiert, die Kindersterblichkeit auf ein Drittel gesenkt und die Zahl der Menschen, die über keinen sicheren Zugang zu gesundem Trinkwasser verfügen, ebenfalls halbiert werden.¹⁸ Die Welt ist gemäss dem UN-Entwicklungsbericht 2003 erschreckend weit von der Realisierung dieser Ziele entfernt. Die Kirchen haben eine besondere Aufgabe, die Regierungen und die Wirtschaft hartnäckig an diese Ziele zu erinnern, an denen allein der Globalisierungsprozess gemessen werden soll.

An der kirchlichen Tagung zur Globalisierung vom 9. September 2002 zeigte Rogate Mshana vom OeRK auf, wie sich die Schere in den Jahren der sogenannten Globalisierung massiv öffnete: 1980 verdienten die reichsten 20 Prozent weltweit 45 mal mehr als die ärmsten 20 Prozent, 1990 waren es 60 und im Jahr 2000 schon 80 mal mehr.¹⁹ Diese Entwicklung verläuft auch innerhalb der meisten Länder nach dem gleichen Muster.

Zum Beispiel die Schweiz: Die 300 reichsten Schweizer besitzen heute ein Vermögen von über 400 Milliarden Franken.²⁰ Selbst wenn die Verhältnisse in anderen Ländern noch krasser sein mögen: Die Ausrichtung von Jahresgehältern in Millionenhöhe für Spitzenmanager wird gerechtfertigt, währenddem die Durchsetzung eines hundertfach kleineren Mindestlohnes von 3000 Franken pro Monat oder eines existenzsichernden Grundeinkommens noch keine Selbstverständlichkeit darstellt. Zum Beispiel die Sozialhilfe: Im Bereich unserer Kirche sind in den vergangenen Jahren massiv mehr Menschen von staatlicher und nicht-staatlicher Sozialhilfe abhängig geworden. Traditionelle Netze von Familien, von einer Wirtschaft mit Nischen und sozialer Verantwortung, usw. sind nicht mehr genügend tragfähig. In der Stadt und im Kanton Bern werden immer mehr alleinstehende Mütter/Väter und auch ganze Familien fürsorgeabhängig. Diese dramatische Entwicklung betrifft unsere Kirche in ihrer sozial-diakonischen Arbeit in den Gemeinden sehr konkret. Gleichzeitig setzen politische Kräfte in unserem Land, einem der reichsten der Welt, auf massive Steuersenkungen und einen schrittweisen Sozialabbau. Viele Menschen erleben sich zunehmend fatalistisch als Opfer dieser wirtschaftlichen Perspektiven anstatt als handlungsfähige Subjekte einer demokratischen Debatte zur Neugestaltung bisheriger Umverteilungsmechanismen zwischen arm und reich oder alt und jung.

1.3. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die Dominanz der Finanzmärkte

Die europäische ökumenische Konsultation zur Wirtschaft im Dienste des Lebens, die 2002 in Soesterberg/NL stattfand, hielt fest: *"Die Zahl und der Umfang internationaler Finanztransaktionen sind so unglaublich stark angestiegen, dass zur Zeit nur etwa 2% der Geldbewegungen durch Handelsaktivitäten begründet sind. Die finanziellen Krisen in Asien, Russland und kürzlich in Argentinien hatten und haben weiterhin verheerende Auswirkungen auf Menschen und ihre Lebensgrundlagen – in vielen Länder über die schon untragbare Schuldenlast hinaus."*²¹ Täglich werden 1500 Milliarden Dollar Finanzkapital auf der Suche nach höheren Renditen verschoben. Dieses weltweite Spekulationskapital ist weitgehend für die Unsicherheit und Instabilität der Weltmärkte verantwortlich. Das Kapital fliesst dorthin, wo schnelle Gewinne versprochen werden, und fehlt, wo es eigentlich benötigt würde. Dort können sich keine stabilen wirtschaftlichen und politischen Strukturen bilden, und solange keine Stabilität vorhanden ist, bleiben langfristige Investitionen aus. Die kirchliche Konferenz von Soesterberg hat die Frage des *"globalen Finanzsystems und die Auswirkungen des unregulierten Flusses riesiger Kapitalmengen auf nationale Wirtschaften"*²² zur zentralen Herausforderung an die Kirchen in Europa erklärt.²³

Zum Beispiel die Verschuldung Argentiniens: Die einheimischen Kirchen zeigen uns auf, wie dem Land in den letzten Jahren alles Kapital entzogen wird und die Wirtschaft zusammenbricht. Diese Entwicklung ist mitverursacht durch Korruption und Machtarroganz der herrschenden Schicht, welche wiederum in totaler Abhängigkeit von der globalisierten Finanzarchitektur steht. Argentinien steht beispielhaft für die Spirale der Verschuldung, aus der sich viele Länder nicht mehr befreien können. Am Anfang standen Überangebote an ausländischem Kapital und aufgedrängte Milliardenkredite, in der Folge führten Zinserhöhungen und Veränderungen in der globalen Wirtschaft zu einer Schuldenkrise, welche dann von den internationalen Finanzinstitutionen als Kontroll- und Disziplinarmechanismus zur Durchsetzung neoliberaler Strukturanpassungsprogramme missbraucht werden kann. In einem Brief der Evangelischen Kirchen Argentiniens, der auch an unsere Kirche adressiert war, steht: *"Wir bitten Sie (...), uns zu helfen, das Joch der Auslandverschuldung zu erleichtern, das in dieser Situation Millionen Menschen Elend und Tod bringt. Angesichts der Ungerechtigkeit und Ungehörigkeit dieser Schulden steht nicht nur die Solidarität auf dem Spiel, sondern die Ethik selbst."*²⁴

Zum Beispiel der Finanzplatz Schweiz: Wenn die Frage der Finanzmärkte eine europäische Priorität darstellt, gilt dies erst recht für unsere Auseinandersetzung als Kirche mit dem Finanzplatz Schweiz, einem Knotenpunkt des globalisierten Finanzsystems. Die weltweiten Geldströme, die über Schweizer Banken fließen, stehen in keinem Verhältnis zu unserem Anteil an der Bevölkerung und der Wirtschaft der Erde: Ungefähr ein Drittel der grenzüberschreitend angelegten Gelder, über 3000 Milliarden Franken, werden von Schweizer Banken verwaltet. Ein Grossteil davon wird an Steuerbehörden anderer Länder vorbei in die Schweiz gebracht; sowohl diese Einnahmen als auch Ressourcen für Investitionen fehlen dadurch in zahlreichen Ländern, am meisten in jenen des Südens. Das schweizerische Bankgeheimnis und die Frage der Zinsversteuerung stehen deshalb permanent zur Debatte. Das ökumenische "Wort der Kirchen" fordert für unser Land, *"dass der Globalisierung der Kapitalflüsse auch eine Globalisierung politischer Regelungen zur Seite tritt."*²⁵

Zum Beispiel unsere Pensionskassen: Das in den letzten Jahren massiv eingebrochene Börsengeschäft hat sehr vielen Menschen direkte Auswirkungen aufgezeigt. Investoren, aber auch kleine Leute oder Kirchen erlitten grosse Verluste. Der gesamten Bevölkerung ist vor Augen geführt worden, wie ihre Rentenansprüche aus der zweiten Säule, den Pensionskassen, von den Entwicklungen auf den globalisierten Finanzmärkten abhängen. Wir fühlen uns einerseits den Schwankungen der Finanzmärkte ausgeliefert, mit möglichen existentiellen Folgen für unsere persönliche Sicherheit und unser soziales Gefüge. Andererseits macht uns der Einsatz unseres Geldes zu Mitverantwortlichen am zerstörerischen Potenzial der Kapitalströme. Angesichts der Orientierungslosigkeit und der Ängste breiter Schichten in Bezug auf die Altersrenten kommt der Kirche die Rolle zu, die wirtschaftlichen Mechanismen und die Grundbedürfnisse nach Sicherheit und Solidarität breit zu thematisieren.

1.4. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: *Gegen Machtkonzentration und strukturelle Gewalt*

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung findet eine zunehmende Ballung von Macht statt. Transparenz und demokratische Ordnungen auf Weltebene fehlen weitgehend. Internationale Organisationen, in denen finanzkräftige Staaten unverhältnismässig viel mehr Gewicht haben als die

armen Länder, dominieren die Gestaltung weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei ist auch die systematische Einflussnahme der transnationalen Konzerne nicht zu vernachlässigen. Von den weltweit 100 grössten Wirtschaftseinheiten sind heute bereits 51 Unternehmen und nur 49 Staaten. Wenig zu sagen haben die Kleinen und Mittleren Unternehmen, welche die überwiegende Mehrheit der Betriebe darstellen. Sie sind auch in unserer Region dem Globalisierungsdruck ausgeliefert; sie müssen sich auf dem Weltmarkt behaupten und gleichzeitig ein nationales Lohn- und Kostenniveau halten. Sie stehen zu den an ihrem Standort verankerten gesellschaftlichen Werten (Stabilität in einer Demokratie, soziale Sicherheit, hohes Bildungsniveau) und erfahren gleichzeitig, dass diese in einer globalisierten Wirtschaft oft nicht gelten. Der Einbezug der erstarkenden Zivilgesellschaft stellt bislang wenig mehr als ein Lippenbekenntnis dar; er erfordert allerdings auch Rückfragen nach der demokratischen Legitimierung von Bewegungen und NGOs.

Zum Beispiel WTO, IWF, Weltbank und die Rolle der Schweiz: Die Staaten, so auch die Schweiz, haben immer mehr Kompetenzen über die Regulierung und Deregulierung der Weltwirtschaft an die supranationalen Institutionen wie die Welthandelsorganisation WTO, den Internationalen Währungsfonds IWF und die Weltbank delegiert. Diese Gremien sind nicht wirklich demokratisch aufgebaut, sondern werden in unterschiedlichem Grad vom Recht des wirtschaftlich Stärkeren bestimmt. Im IWF beispielsweise hängen die (Stimm-)Rechte weitgehend von der Kapitalmacht der Mitgliedstaaten ab, die WTO ist strukturell demokratischer organisiert, wird aber in ihren Lobby- und Entscheidemechanismen letztlich dennoch von den wirtschaftlich mächtigen Ländern vollständig dominiert. Problematisch ist, dass weitreichende Entscheide etwa der WTO Resultat von nicht-öffentlichen Verhandlungsprozessen sind. Die Öffnung der Landwirtschaft ist Manövriermasse zwischen den Staatenblöcken, um grundsätzliche Liberalisierungsrunden durchzubringen. Das Abkommen zur Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen GATS wird auch für unser Land sehr weitreichende Folgen haben, wenn wir an Bildung, Post oder Telekommunikation denken. Auch das schweizerische Parlament wird nicht transparent informiert, und noch kaum in den Entscheidungsmechanismus eingebunden. Problematisch ist die Rolle unseres Landes beim TRIPS-Abkommen im Bereich der Patentregelungen für Pharmaprodukte, wo sie an der Seite der USA im Sinne der Pharmaindustrie und den Vorstellungen der armen Länder entgegengesetzt für restriktive Regelungen plädiert.

Zum Beispiel die USA: Sorgen bereitet uns die zunehmende Hegemonie einer einzigen Weltmacht. Die Globalisierung fördert die Herausbildung eines neuen Imperiums, das aus einer Vernetzung von wirtschaftlichen Interessen einer Supermacht und von transnationalen Konzernen entsteht. Die USA treiben eine isolationistische Machtpolitik voran, die den Zielen einer globalisierten und auf Recht fussenden Weltinnenpolitik oft diametral entgegenläuft; dies wird unter anderem am Beispiel des Widerstandes gegen den Internationalen Strafgerichtshof oder das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz deutlich. In den vergangenen Jahren haben wir, gemeinsam mit unseren Schwesterkirchen in den USA, eine wachsende Gefahr der Durchsetzung von Macht- und Ausbeutungsverhältnisse mit Gewalt wahrgenommen. Der OeRK-Generalsekretär Konrad Raiser sagte dazu in seinem Berner Referat: *"Die verwundbar gewordene Globalisierung muss militärisch und politisch abgesichert werden, und sie zeigt damit offen ihr strukturelles Gewaltpotenzial."*²⁶

Zum Beispiel Kritik und Gewalt in den globalisierungskritischen Bewegungen: Die weltweite, breite Kritik an der wirtschaftlichen Globalisierung ist zu einem neuartigen und recht bedeutenden politischen Faktor geworden. Allerdings hat diese Strömung noch keine klare Gestalt und wird kaum je einheitliche Ziele verfolgen. Neue Netzwerke, welche sich mit traditionell in diesen Arbeitsbereichen tätigen Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen usw. verbünden, vermögen in der Zivilgesellschaft die Fragen nach einer menschengerechten Wirtschaft, nach Solidarität und

Demokratisierung wieder breit zur Diskussion zu stellen. Nach für eine Nord-Süd-Politik des Ausgleichs sehr dürftigen Jahren wächst die Hoffnung auf eine Erstarkung der Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden wieder. Dazu tragen auch in der Schweiz gerade junge Menschen viel bei. Diese Bewegung ist insgesamt

vielfältig, kreativ und gewaltfrei ausgerichtet. Die Medienaufmerksamkeit richtet sich allerdings immer wieder auf Brennpunkte, an denen es auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Menschen und der Polizei kommt. In fataler Weise entsprechen sich dann gegenseitige Zuschreibungen eines gewaltsamen Vorgehens und lösen eine Dynamik von Hass, Repression und bisweilen Zerstörungen aus, welche die Kirche deutlich ablehnen muss. Dies allerdings auch, indem sie mit klaren Positionen einen Beitrag zur Verständigung und gewaltfreien Konfliktlösung leistet und immer wieder auf die strukturelle Gewalt von Hunger und Unterdrückung hinweist.

1.5. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die grenzenlose Flexibilisierung der Menschen

Die Globalisierung, insbesondere in Form der Liberalisierung des Welthandels und der Deregulierung im Arbeitsrecht, führt zu grossen Umbrüchen in der Beschäftigungssituation vieler Menschen. Die Erwerbslosigkeitsrate auf je nach Situation hohem Niveau wird als notwendiger Teil einer globalisierten Wirtschaftspolitik präsentiert, die angeblich zu den notwendigen Korrekturen führt und langfristig allen zugute kommt. Diese Veränderungen nehmen wir in unseren Kirchgemeinden deutlich wahr, sie betrifft Gesellschaften in Entwicklungsländern noch viel stärker. Die Flexibilisierung der Arbeit, die erforderliche Mobilität, die erhöhte Leistungserwartung und das permanent notwendige Erlernen neuer Fähigkeiten bieten Chancen, sie machen aber auch viele Menschen krank. Frauen sind von diesen Veränderungen global gesehen am stärksten betroffen.

Zum Beispiel Guatemala: Nicht wenige unserer Kirchgemeinden pflegen besondere Beziehungen zu kirchlichen und weiteren Basisorganisationen in Guatemala und Chiapas. Gerade in diesem Gebiet werden Fabriken in deregulierten Freihandelszonen, sogenannte Maquilas, zu einem immer wichtigeren Wirtschaftsfaktor. Die Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für Frauen ist verbunden mit einer oft nahezu totalen Rechtlosigkeit und einer völlig flexibilisierten Anstellung zwischen Ausbeutung rund um die Uhr und kurzfristiger Entlassung je nach Bedarf. Diese Entwicklung vollzieht sich in einer Struktur, welche mit den Bedürfnissen der regionalen und nationalen Wirtschaft kaum etwas zu tun hat, gänzlich auf den Export ausgerichtet ist und oft von Zöllen, Steuern und gesetzlichen Verpflichtungen völlig ausgenommen ist.

Diese Tatsachen bedeuten nicht, dass in gewissen Kontexten die Präsenz von transnationalen Konzernen durchaus positive Massstäbe setzen kann in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Sozialleistungen sowie im Hinblick auf die Ankurbelung der regionalen Wirtschaft. Entwicklungspolitische und kirchliche Organisationen machen die Erfahrung, dass sich öffentlicher Druck auf Konzerne und der Dialog mit den Verantwortlichen mit dem Ziel der Einhaltung von Menschenrechts- und Sozialstandards lohnen kann. Ein Beispiel dafür ist die „Clean Clothes Campaign für gerecht produzierte Kleider“, an der auch unser Hilfswerk Brot für alle beteiligt ist. Drei Schweizer Firmen haben einen vollständigen Verhaltenskodex zu den Arbeitsbedingungen und sozialen Auswirkungen ihrer Produktion eingeführt und sich auf ein Pilotprojekt zur unabhängigen Kontrolle eingelassen.²⁷ Problematisch ist die Tatsache, dass sich transnationale Konzerne noch zu oft ihrer Verantwortung gegenüber Menschen und Umwelt entziehen und nicht durch verbindliche Verhaltenskodizes im internationalen Recht haftbar gemacht werden können. Alternativen zur Abhängig-

keit von transnationalen Unternehmen bestehen in der Weiterentwicklung von Elementen der Subsistenzwirtschaft (selbst verantwortete Land-Wirtschaft zum Eigenverbrauch) sowie im Aufbau einer regionalen oder nationalen Wirtschaft. Daran arbeiten viele unserer Partnerorganisationen; sie verdienen unsere Unterstützung und bieten uns auch Ansätze für Veränderungen im eigenen Kontext.

Zum Beispiel die Überforderung bei uns: Wir erleben auch in unserem Umfeld und an uns selber, wie uns die ständig wachsenden Ansprüche an unsere Arbeit bezüglich Tempo, Mobilität, Design und Wettbewerbstauglichkeit über Belastungsgrenzen hinaus fordern. Die verlangte Flexibilität in der Arbeitswelt bringt Stress und Krankheit mit sich. Menschen – erst recht Frauen und Männer mit speziellen Bedürfnissen etwa aufgrund einer psychischen, geistigen oder körperlichen Behinderung – finden immer weniger Nischen und Solidarität im Wirtschaftsleben. Die Kirchen haben viele dieser früher in ihren eigenen Einrichtungen aufgehobenen Fragen an andere delegiert, und damit leider auch gesellschaftliche und politische Kompetenz und Anwaltschaft abgegeben.

1.6. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: *Gegen die Ungleichheit der Geschlechter*

Die klassische Ökonomie klammert in ihren Darstellungen und Berechnungen einen zentralen Bereich gänzlich aus: die Care- und Reproduktionsarbeit von Frauen. Die Betreuungs-, Familien- und Hausarbeit wird nicht ausgewiesen und fließt nicht in die Berechnungen des Brutto-Sozialproduktes²⁸ ein. Diese traditionell weitgehend von Frauen erbrachten Leistungen bilden zwar die Basis jeder Gesellschaft, jeder sozialen Gemeinschaft und des Handels, erst diese Arbeiten sichern die Zukunft. Doch da sie nicht als Erwerbsarbeiten gelten und nicht entlohnt werden, sind sie ohne Wert und für die offiziellen Statistiken uninteressant.

Die ökonomische Globalisierung wirkt sich auf Frauen unterschiedlich aus. In zahlreichen Ländern bilden sie je nach Situation der Investitionen und der Wirtschaftsentwicklung eine Manövriermasse, viele ihrer Arbeitsbereiche sind langfristig ungesichert. Die Frauenarmut hat in den 90er Jahren unter den Strukturanpassungsprogrammen und mit wirtschaftlichen Krisen zugenommen. "Über 70% der Armen sind Frauen, die absolute Zahl von armen Frauen steigt, und zwar deutlich schneller als die Zahl der Männer."²⁹ Diese Entwicklung hat vielfältige Gründe, es kommen verschiedene geschlechtsspezifische Ungleichheiten zusammen, wie Arbeits-, Einkommens- und Besitzverteilung (Landbesitz), Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Strukturanpassungsprogramme, wie sie vom IWF verschrieben werden, treffen Frauen besonders: sie sind einseitig auf die Erhöhung der Exportleistung angelegt und schreiben oft massive innerstaatliche Sparmassnahmen vor, die in sozialen Bereichen vorgenommen werden. Fast immer sind Frauen verantwortlich für die Sorge um das Leben der Familie und der Gemeinschaft. Sie tragen mit zusätzlicher Anstrengung dazu bei, ökonomische Krisen und Sozialabbau zu kompensieren. Althergebrachte Asymmetrien zwischen den Geschlechtern werden auf diese Art vertieft und Ungleichheiten fortgeschrieben. Nach wie vor ist weltweit keine Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern erreicht. Im Weltdurchschnitt betragen die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen rund 20 Prozent, variieren jedoch stark nach Ländern und Branche.³⁰

Umgekehrt entstehen gerade für Frauen in dieser Umbruchphase, in der viele traditionelle Regelungen wegfallen, wirtschaftliche Handlungsspielräume, etwa durch die erleichterte Gründung eines Klein- oder Kleinstunternehmens. Grundsätzlich wurde in vielen Ländern die Erwerbsquote von Frauen erhöht. Neue Frauenarbeitsplätze sind entstanden, was für gut ausgebildete Frauen in den

Industrieländern Aufstiegschancen im Beruf, z.B. in der Informationstechnologie, bringen kann. Da in vielen Ländern Vorsorgeeinrichtungen für Kinder fehlen, decken immer mehr Migrantinnen diesen Arbeitsbereich von Kinder- und Familienarbeit ab. Unbezahlte Arbeit wird also nicht unter den Geschlechtern neu verteilt, sondern von Frauen im Norden auf eingewanderte Frauen aus dem Süden verschoben. Damit entsteht eine ethnisch geprägte weibliche Schicht von Hausangestellten, die sehr oft schlecht bezahlt wird.

1.7. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die Ausgrenzung von Opfern

Die ökonomische Globalisierung der letzten Jahre vermochte für viele Menschen keine neuen Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Weite Teile der Weltgesellschaft bleiben von den Errungenschaften der Globalisierung ausgeschlossen. Die Natur wird an vielen Stellen gefährdet und zerstört, die Ressourcen dieser Erde zugunsten weniger ausgebeutet und verbraucht. Während die Grenzen für Waren, Dienstleistungen und Kapital geöffnet werden und Regulierungen fallen, sind viele Menschen, vor allem die ärmeren, immer stärker in national und regional abgeschotteten Räumen gefangen. Globalisierung und Migration stehen in einem engen Zusammenhang zueinander. Menschen sind gezwungen, ihre lokale Verbundenheit wegen sich verschlechternder Lebensbedingungen aufzugeben, sie suchen ihr Glück woanders. Als oft ungelernete Arbeitskräfte haben sie nur so lange Chancen auf Arbeit und Lohn, wie sie gebraucht werden. Minimale soziale Sicherheiten fehlen. Die Fachstelle Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn betont in ihrem „migrationspolitischen Credo“, dass *„die globale Situation es nahe legt, dass Migration in günstigere Lebensverhältnisse für immer mehr Menschen eine Hoffnung ist.“*¹⁰¹ Umso wichtiger ist es, dass eine Migrationspolitik nicht *„Rosinen pickt, die Abwanderung ausgebildeter Leute (brain drain) fördert und nur das Wohl der Schweiz im Auge hat“*.

Zum Beispiel Afrika: Die Auseinandersetzung in der weltweiten Familie der reformierten Kirchen mit der Globalisierung begann mit einem Hilfeschrei afrikanischer Kirchen 1995. Sie machten deutlich, dass globale Wirtschaftspläne Afrika systematisch ausschliessen und praktisch für tot erklären. Für fast den gesamten Kontinent Afrika gab es in der Phase der sich rasant entwickelnden Globalisierung kaum Bestrebungen, seine Handelsströme, sein Kommunikationsnetz, seine Bildungseinrichtungen oder seine Gesundheitspolitik einigermassen gleichberechtigt in den Weltmarkt zu integrieren. Südlich der Sahara leben 11% der Weltbevölkerung, doch haben sie nur 1% Anteil am Welthandel, und nur 1% aller ausländischen Direktinvestitionen fliessen dorthin. Afrika südlich der Sahara (ohne Südafrika) bestreitet 75% seiner Exporte mit Rohstoffen und ist ganz besonders von deren tiefen Weltmarktpreisen betroffen. Die fünf Schweizer Konzerne Nestlé, ABB, Novartis, Roche und Holcim erwirtschafteten gemeinsam einen Umsatz, der dem Volkseinkommen von 27 Ländern in Afrika südlich der Sahara mit 430 Millionen Menschen entspricht. Politische Konflikte, Kriege, Korruption, der Mangel an „good governance“ (Gute Regierungsführung) und AIDS verschärfen die Entwicklungsprobleme. Die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank im Gleichschritt mit Umschuldungsprogrammen haben in Afrika zum grossen Teil versagt; ihr primäres Ziel blieb die – weitgehend erfolglose – Wirtschaftsförderung, eine konsistente Armutsbekämpfung fehlt. In Tansania schrieb der IWF der Regierung eine Einführung von Schulgebühren zur Entlastung des Staatshaushaltes vor. Dies bewirkte zwischen 1978 und 1990 eine Verringerung der Alphabetisierungsquote von 80% auf 60%, da sich die Armen die Gebühren für viele Kinder nicht leisten können. Auch neuere Initiativen afrikanischer Regierungen wie NEPAD (Verpflichtung zu Demokratie, „good governance“ und Friedenspolitik, Integration Afrikas in die Globalisierung durch neue Entwick-

lungspartnerschaften Afrikas mit den Industrialisierten Ländern des Nordens) setzen kaum an der Problematik der Bevölkerung an der Basis an.

Zum Beispiel Randgebiete in unserer Region: Wir verfolgen Tendenzen zu einer verstärkten Marginalisierung von Randgebieten bei uns mit Sorge. Es ist kein Tabu mehr, bei den öffentlichen Versorgungsnetzen wie der Post oder dem öffentlichen Verkehr, aber auch im Bildungswesen oder bei der Gesundheitsversorgung einen Leistungsabbau vorzunehmen. Die globalisierte Wirtschaft ist an kurzfristig festgelegten effizienten Strukturen interessiert und vernachlässigt langfristig wirksame Investitionen in Randgebieten.

1.8. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die uneingeschränkte Deregulierung und Privatisierung

Die gesellschaftliche, demokratische Kontrolle über viele Lebens- und Wirtschaftsbereiche wird in den letzten Jahren eher zurückgedrängt. Dies durch eine Politik, welche staatliche Aufgaben auf ein Minimum reduzieren und möglichst weite Bereiche der freien Marktwirtschaft überlassen will. Vernunft wird auf Effizienz, Fortschritt auf Wachstum und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger auf die Freiheit des Marktes verkürzt. Die internationalen Wirtschaftsinstitutionen umgehen eine gesellschaftliche Debatte und demokratische Entscheidungsprozesse eher, als dass sie diese fördern würden. Solche sind zu Bildungs-, Gesundheits- oder Wasserfragen genau so notwendig wie in den ethisch hochsensiblen Bereichen der Patentierung von Lebewesen oder von gentechnischen Entwicklungen.

Zum Beispiel Wasser: Mehr als eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Bei gleichbleibenden Entwicklungen wird dies im Jahr 2025 für jeden dritten Menschen gelten. Die Promotoren der Globalisierung setzen auf die Privatisierung der Wasserversorgung; IWF und Weltbank zwingen mit ihren Strukturanpassungsprogrammen ärmere Länder dazu. Erfolge allerdings bleiben bislang aus. Dem Wasser kommt auch auf der symbolischen und spirituellen Ebene eine exemplarische Bedeutung zu. Die nachhaltige Nutzung von Wasser und der Einbezug sozialer und ökologischer Folgeerscheinungen bleiben bei einer gewinnorientierten Ökonomisierung unberücksichtigt. Die Gefahr wächst, dass die Ärmsten und insbesondere die marginalisierte Landbevölkerung vom Wassermarkt definitiv ausgeschlossen sein werden. In Cochabamba, Bolivien, beispielsweise wurde die Wasserversorgung auf Druck der Weltbank, die Kreditzahlungen an diese Bedingung knüpfte, privatisiert. Nach Übernahme der Wasserversorgung durch Privatunternehmen stieg der Wasserpreis um 35 Prozent. Zehntausende protestierten auf den Strassen, weil sie diese Verteuerung nicht bezahlen konnten.³² Grosse Konzerne wie Nestlé, Vivendi, Suez-Lyonnaise, Thames Water etc. setzen konsequent auf den Wassermarkt. Nicht nur beim Mineralwasser, welches immer stärker in der Verfügung weniger Firmen liegt, sondern auch bei der kommunalen Wasserversorgung werden auch in der Schweiz erste Versuche der Privatisierung lanciert. In der jüngsten Vergangenheit haben sich die StimmbürgerInnen auf nationaler wie mancherorts auch auf kommunaler Ebene allerdings sehr klar gegen die weitere Privatisierung staatlicher Dienstleistungen wie etwa Elektrizitätsversorgung ausgesprochen. Die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke in der Schweiz, zu der unsere Werke Brot für alle und HEKS gehören, leisten am Beispiel Wasser eine intensive Informations- und Lobbyarbeit.³³

Zum Beispiel Bildung: Was in Entwicklungsländern längst Tatsache ist, verdichtet sich auch bei uns zur Politik – weite Bereiche der Bildung werden Marktmechanismen unterworfen. Das gilt derzeit insbesondere für Entwicklungen an den Universitäten. Als Kirche sind wir besonders verpflichtet, in Geldwert nicht direkt umsetzbare Bildungsanliegen im ethischen, religiösen und im weitesten Sinn kulturellen Bereich hochzuhalten. Es geht um den breiten Zugang zu Wissen, das wir zur Bewältigung der anstehenden Zukunftsaufgaben dringend benötigen.

Zum Beispiel der Steuerwettbewerb: Der weltweite Steuerwettbewerb ist ein genuines Kind der Zurückdrängung des Staates auf ein Minimum zugunsten der privaten Wirtschaft im Rahmen der Liberalisierung insbesondere der Finanzmärkte. Sparprogramme auf Bundes- Kantons- und Gemeindeebene sind auch bei uns nicht zuletzt Konsequenzen dieses Wettbewerbs. Ein guter Service Public und eine faire Lastenverteilung werden durch mangelhafte Harmonisierung, bzw. fehlende Verteilungsgerechtigkeit von Steuerabgaben und -einnahmen in Frage gestellt. Unsere Kirche, die nach wie vor stark mit dem Staat und auch seiner Steuerpolitik verwoben ist, hat ein besonderes Interesse, zugunsten der Benachteiligten und nicht-lukrativer öffentlicher Aufgaben in die Debatte einzugreifen.

1.9. Auf der Suche nach Gerechtigkeit: Gegen die Zerstörung der Schöpfung

Die Macht über das bebaubare Land, das Meer, die Flüsse, das Trinkwasser, das Öl oder das Gas – grundsätzlich die Verfügung über die biologische Vielfalt der Schöpfung – wird durch die Prozesse der Liberalisierung und Privatisierung immer systematischer der demokratischen Kontrolle entzogen. Internationale Bestimmungen und Verträge der WTO, des IWF und der Weltbank bestimmen den Umgang mit der Natur stark mit. Transnationale Firmen und Wirtschaftsmächte, insbesondere die USA, machen ihren Einfluss gegen umweltschonende Regelwerke mit massivem Druck geltend. Die globalisierte Ausbeutung, Schädigung und Zerstörung der natürlichen Grundlagen und der genetischen Vielfalt können nirgends wirksam eingeklagt werden. Die Zehntausenden von Toten und von lebenslang schwer beeinträchtigten Menschen von Bophal oder die fünf Millionen durch die Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl kontaminierten Menschen scheinen in Vergessenheit geraten zu sein. Die roten Listen bedrohter Pflanzen und Tiere werden immer länger. Die Bewahrung der Schöpfung ist trotz der Konzentration internationaler Debatten auf die Nachhaltigkeit unter die Räder der Globalisierungsmaschine geraten.

Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass auch in unserer Kirche die Frage der Bewahrung der Schöpfung noch keinen genügenden Rückhalt gefunden hat und in den letzten Jahren stärker in den Hintergrund gerückt ist. Das Verbundensein mit der Natur, das Hegen und Pflegen, das Staunen und Bewundern, die Freude an Wachstum und Ernte – dieses Nehmen und Geben innerhalb von Ökosystemen ist die Grundlage des Nachdenkens über Lebensdienlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die ökologische Dimension darf in der Globalisierungsdebatte keine untergeordnete Rolle mehr spielen.

Zum Beispiel der Klimaschutz: 1992 fand in Rio de Janeiro die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen (UNO) statt. Die industrialisierten Staaten des Nordens übernahmen die Hauptverantwortung für die globale ökologische Krise und versprachen neue Finanzmittel für eine öko-soziale Entwicklung im Süden. 1997 wurde das Kyoto-Protokoll, ein UNO-Rahmenübereinkommen zum Klimaschutz verfasst. Darin wurde unter anderem festgelegt, den Ausstoss von Kohlenstoff (CO₂) auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren. Man war sich einig: Die Industrieländer müssten mit ihren

deutlich höheren Pro-Kopf-Emissionen den Anfang machen. Die Schweiz ratifizierte das Protokoll im Jahr 2002; die USA, China und Russland sind bisher nicht dabei. Weiterhin wird auf Wachstum und Ausbeutung der Natur gesetzt und nicht auf Umbau der Industrien, auf Sparen oder die Förderung von erneuerbaren Energien.

Zum Beispiel der Gütertransport: Das Gebiet unserer Kirche ist auch eine europäische Nord-Süd-Transitregion. Mit enormem Aufwand werden derzeit neue Eisenbahn-Alpentransversalen erstellt. Eine konsequente Politik zur Umlagerung von Transporten von der Strasse auf die Schiene und grundsätzlich zum umfassenden Verursacherprinzip bei den Transportkosten ist aber noch zu wenig absehbar. Im Gegenteil finden Ausbauvorhaben für weitere Strassenrouten wieder Anklang. Auch hier verdienen jene Stimmen, die für die Konzentration auf kleinere Wirtschaftsräume, auf die Integration von ökologischen Belastungen in Wirtschaftsbilanzen usw. Plädieren, systematische kirchliche Unterstützung.

2. Schwerpunkte unseres Handelns

Ein drittes Lied: Das könnte den Herren der Welt ja so passen³⁴

*Das könnte den Herren der Welt ja so passen,
wenn erst nach dem Tode Gerechtigkeit käme;
erst dann die Herrschaft der Herren,
erst dann die Knechtschaft der Knechte
vergessen wäre für immer,
vergessen wäre für immer.*

*Das könnte den Herren der Welt ja so passen,
wenn hier auf Erden stets alles so bliebe;
wenn hier die Herrschaft der Herren,
wenn hier die Knechtschaft der Knechte
so weiterginge wie immer,
so weiterginge wie immer.*

*Doch ist der Befreier vom Tod auferstanden,
ist schon auferstanden und ruft uns jetzt alle
zur Auferstehung auf Erden,
zum Aufstand gegen die Herren,
die mit dem Tod uns regieren,
die mit dem Tod uns regieren.*

Kurt Marti, Berner Pfarrer und Schriftsteller

Unsere Kirche analysiert den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung und beurteilt ihn aufgrund ihrer überlieferten und immer wieder neu erarbeiteten ethischen Perspektiven, wie sie im letzten Teil dieses Grundlagenpapiers ausgeführt werden. Dies tut sie, damit sie handlungsfähig wird.

Unsere Kirche handelt in Wirtschaftsfragen nie isoliert. Sie weiss um ihre nur partiellen Erkenntnisse und um ihre begrenzte Handlungsmacht. Deshalb sucht sie den Dialog und die Vernetzung. An der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Debrecen 1997 wurde eine Leitlinie formuliert, die für uns volle Gültigkeit besitzt: „In allen Bemühungen, den *processus confessionis* umzusetzen, ist es notwendig, die Zusammenarbeit der RWB-Mitgliedskirchen mit anderen Netzwerken und Partnern, wie den christlichen Weltgemeinschaften, dem OeRK und anderen Organisationen und Bewegungen, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind, zu stärken; ihre Kräfte mit denen anderer Glaubensgemeinschaften und Menschen guten Willens, die das gleiche Ziel verfolgen, zu vereinigen.“

Konsequenterweise stellen wir die Position und die aus ihr entstehenden Handlungsperspektiven, wie sie hier und in der Policy des Synodalarates formuliert werden, in einem fortlaufenden Prozess offen zur Debatte. Die Basis ist eine breite Diskussion innerhalb unserer Kirche. Dazu gehören vor allem die bestehenden Strukturen und Gefässe wie die Synode, die Zusammenarbeit der gesamt-kirchlichen Dienste mit den Gemeinden und Regionen oder die Homepage.

In unserer Region suchen wir bei jedem Vorhaben aktiv die Zusammenarbeit mit verschiedensten Akteuren – zuerst immer auf ökumenischer und interreligiöser Ebene. Der Zusammenarbeit mit Zugewanderten kommt aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung einer globalisierten Welt eine grosse Bedeutung zu. Darüber hinaus ist das permanente Gespräch mit PolitikerInnen, WirtschaftsvertreterInnen und NGOs in unserer Region unverzichtbar. Die Policy und dieses Grundlagenpapier soll dabei Anstoss zu einem wechselseitigen Lernprozess sein. Systematisch will sich unsere Kirche darum bemühen, diesen Prozess in unserer Kirche mit den Bestrebungen auf nationaler Ebene (insbesondere im Rahmen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und der evangelischen Hilfswerke, Missionen und Verbände) sowie im Austausch auf internationaler Ebene (insbesondere Reformierter Weltbund, Ökumenischer Rat der Kirchen und unsere direkten Partnerkirchen und Partnerorganisationen im Ausland) weiter zu entwickeln.

Aus Prinzip ist unsere Kirche in zwei Richtungen aktiv, die einander bedingen: Um glaubwürdig zu sein, handelt die Kirche immer zuerst im Blick auf sich selbst. Nur eine sich ständig selber reformierende Kirche kann den Anspruch auf Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen auch gegen aussen vertreten. Diese zweite Ausrichtung sucht sie parallel zum innerkirchlichen Prozess, um ihren biblischen, reformatorischen und ethischen Grundlagen treu zu bleiben. Sie formuliert wirtschafts- und gesellschaftspolitische Positionen und legt Strategien zu deren Diskussion und Umsetzung fest.

Für beide Handlungsperspektiven – in der Kirche und in der weiteren Gesellschaft – sehen wir wiederum eine doppelte Orientierung, eine reformatorische Doppelstrategie: das Hinarbeiten auf unmittelbare Zielvorstellungen in Alltag und Politik einerseits und die Ausrichtung auf einen fernen Horizont andererseits. Zum ersten geht es uns um einen Beitrag an kleine realpolitische Veränderungsschritte in und mit der Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Zum zweiten wollen wir die Auseinandersetzung mit den grossen Verheissungen unserer Tradition und der prophetischen Vision eines gerechten Arbeitens, Wirtschaftens und Lebens nicht vernachlässigen.

Wir wissen, um die vielfältigen Prozesse, welche die Globalisierung bestimmen, und um die vielen, vielleicht zu vielen, Aufgaben zu ihrer Umgestaltung, denen wir uns auf allen Ebenen unserer Kirche zu stellen hätten. Hier formulieren wir die Absicht, wenigstens durch einige wenige Schwerpunkte unser Handeln deutlicher auszurichten.

2.1. Handeln in der Kirche

a) Kirchliche Bildungsarbeit als wirtschaftliche Alphabetisierung und gesellschaftlicher Lernprozess

Die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes regte 1997 an, *"Programme wirtschaftlicher Alphabetisierung zu entwickeln, um die Menschen vor Ort in die Lage zu versetzen, ihre Lebensumstände zu begreifen und zu entdecken, wie sie diese verändern können"*.

Ausgewählte Fachstellen der gesamtkirchlichen Dienste, insbesondere der Bereiche „OeME – Migration“ und „Gemeindedienste und Bildung“, erarbeiten in diesem Sinn in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen und interessierten Kirchgemeinden gemeinsam ein Konzept für ein einheitliches und weiterführendes Bildungsangebot im Bereich von Globalisierungs- und Wirtschaftsfragen. Dieses Angebot mit Pilotcharakter für einen bestimmten Zeitraum soll die Bedürfnisse, Kompetenzen und Herausforderungen in unserer Region, die aktuellen ökumenischen Fragestellungen, die Arbeit an der Bibel und an eigenen theologischen und ethischen Traditionen miteinbeziehen und Bestandteil der "Dekade zur Überwindung von Gewalt" werden.

b) Sozial-diakonische Arbeit

Unsere Kirche ist auf der Ebene der Kirchgemeinden und mit ihren gesamtkirchlichen Diensten, insbesondere im Bereich Sozial-Diakonie, sowie in Zusammenarbeit mit anderen wie dem Inlanddienst von HEKS konkret aktiv bei der Beratung und Unterstützung jener Menschen, die aus dem Netz sozialer und wirtschaftlicher Absicherung fallen. Dies geschieht immer deutlicher auch aufgrund der Auswirkungen der rasanten ökonomischen Globalisierung auf unser Land und unsere Region. Insbesondere Menschen in Erwerbslosigkeit, viele Zugewanderte und Familien mit Kindern sind davon betroffen. Unsere Kirche kann sich sehr viele eigene Kompetenzen nutzbar machen, Glaubwürdigkeit und Synergien schaffen, wenn die Erfahrungen und Projekte an der Basis mit den Einsichten und Analysen auf grundsätzlicher und globaler Ebene verknüpft werden. Der Synodalrat erarbeitet mit den Bereichen „Sozial-Diakonie“ und „OeME – Migration“ eine Strategie für einen solchen Prozess zur Festlegung von (gemeinsamen) Schwerpunkten und zu ihrer Umsetzung in den Kirchgemeinden und Regionen. Dieser Prozess soll eng mit Anstrengungen in der Bildungsarbeit (siehe oben) verschränkt werden. In dieser Arbeit stützt er sich auch auf die Vorarbeiten des „Wortes der Kirchen: Miteinander in die Zukunft“ und den Prozess „Tat der Kirchen“ der Zürcher Kirchen.

c) Vertiefung der Spiritualität im Kontext der Globalisierungsfrage

Samuel Lutz, Präsident des Synodalrates, sagte an der Tagung „Kirche und Globalisierung“ vom 9. September 2002: *„Das Gebet, diese unproduktivste Art allen Tuns, die Haltung der wehrlosen und hilflosen Demut, dieses „stille Geschrei“ [anonymer Brief aus dem 15. Jahrhundert, bei Sölle: Mystik und Widerstand], das im Netz der globalen Kommunikation keine Beachtung findet, die Klage, der Vorwurf Hiobs an Gott, die Wunschzettel an der Klagemauer, das tägliche weltweite Unser Vater und das Gotteslob staunender Dankbarkeit: Das alles ist nicht ohne Wirkung.“*²⁵

Gerade auch im spirituellen Bereich setzen die Kirchenleitung und die gesamtkirchlichen Dienste einige wenige, aber symbolische und auf die Gemeinden übertragbare Schwerpunkte in Form von eigenen Gottesdiensten (z.B. mit ökumenischen Gästen) oder Anregungen zu bestimmten Anlässen (z.B. Weltversammlungen der ökumenischen Organisationen, weltwirtschaftlichen Ereignissen wie G8-Gipfel, WEF, WTO-Gipfel usw., Welternährungstag, Menschenrechtstag usw.) und der Entwicklung von Symbolen und Sprachformen im Umgang mit den im Kontext der Globalisierungsthematik anstehenden Fragen.

d) Verstärkte Partizipation in der ökumenischen Bewegung

Im Rahmen der nächsten Legislatur überprüft und verstärkt der Synodalrat sein inhaltliches, personales und finanzielles Engagement in der ökumenischen Bewegung. Er ruft auch die Kirchgemeinden konkret zu einem verstärkten Engagement auf. Der Synodalrat plant systematisch die aktive Teilnahme unserer Kirche durch Delegierte und BeobachterInnen, Finanzen (Beiträge, Kollekten) und inhaltliche Beiträge an den ökumenischen Prozessen der nächsten Jahre, die mit der Globalisierungsfrage zu tun haben. Dies betrifft insbesondere das Engagement im Rahmen des

- Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes,
- des Reformierten Weltbundes im Hinblick auf die Generalversammlung 2004 in Accra,
- des Ökumenischen Rates der Kirchen im Hinblick auf seine Vollversammlung 2006 in Porto Alegre.

e) Bedeutung von verbindlichen kirchlichen Partnerschaften

Unsere Kirche betont die Bedeutung von kirchlichen Partnerschaften über nationale und kulturelle Grenzen einer globalisierte Welt hinweg in Zukunft noch stärker. In solchen verbindlich gestalteten Begegnungs- und Lernprozessen sieht sie eine zentrale kirchliche Mission in einer globalisierten

Welt. Der Synodalrat und die gesamtkirchlichen Dienste, insbesondere der Bereich „OeME – Migration“, erstellen ein Gesamtbild bestehender und wünschbarer Partnerschaften mit Kirchen, Religionsgemeinschaften und weiteren Organisationen im Ausland wie bei uns vor Ort (inklusive interreligiöser Dialog, Migrationskirchen usw.) und formulieren Ziele für deren Weiterentwicklung. Bestehende Erfahrungen etwa in den Regionen Guatemala, Sri Lanka, Israel/Palästina, Äquatorialguinea, Rumänien usw. bilden den Hintergrund für die intensiviertere Weiterarbeit. Entscheidend sind eine gute Zusammenarbeit mit den Hilfswerken und Missionen und die nationale Koordination durch den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund SEK. Die Kirche schafft die Voraussetzungen, damit auch die Kirchgemeinden in ihren Bemühungen, verbindliche Partnerschaften zu gestalten, begleitet werden.

f) Lebensstil

Der Synodalrat legt einen Rahmen fest für die Weiterentwicklung eines Modells von Kirche, das eine Strategie der teilweisen Entkoppelung vom Markt, des Verzichts und eines genügsamen, menschen- und schöpfungsgerechten Lebensstils verfolgt. Wenn wir uns als gesamte Kirche und in den Kirchgemeinden immer als Teil der weltweiten Kirche verstehen, gewinnen Teilen und Solidarität an theologischer und finanzpolitischer Bedeutung. Die Kirche fördert gegen innen das Verständnis und die Strukturen des fairen Handels. Der Synodalrat unterstützt die Arbeit der Kirchgemeinden beispielsweise auch damit, dass er Leitlinien für ökologische Energie- Bau- und Beschaffungskonzepte erarbeiten lässt und einen Rahmen für deren Diskussion und Weiterentwicklung bietet. Er sucht dafür die verbindliche Zusammenarbeit (auch finanziell) mit der Ökumenischen Gemeinschaft Kirche und Umwelt (OeKU).

g) Kirchliche Gelder

Die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes RWB empfahl 1997 ihren Mitgliedkirchen, *„ihre eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten im Licht des christlichen Glaubens zu untersuchen, ohne Spekulation zu investieren, die Höhe der Solidaritätsfonds zu steigern und beispielhafte Investmentprogramme zu nutzen (Bsp. EDCS)“*. Der Synodalrat überprüft unter Beizug von Fachpersonen im Laufe der nächsten Legislatur sein eigenes Vermögen und Budget im Hinblick auf menschenrechtliches Wirtschaften. Er steigt auch in einen Prozess zur Analyse des eigenen Finanzhaushaltes aus einer Genderperspektive (Auswirkungen auf die Geschlechter und ihre Rollen) ein, wie dies bereits andere öffentliche Körperschaften unternahmen. Dabei bezieht er auch Fragen wie Bankverbindungen, Pensionskassen, Liegenschaftenbewirtschaftung usw. mit ein. Aus diesem Prozess heraus entwickelt er ein Programm zur Motivierung von Kirchgemeinden, im selben Sinn die Auseinandersetzung mit dem eigenen Haushalt als zentrale theologische Frage und Auseinandersetzung mit wirtschaftlicher Gerechtigkeit zu sehen. Dazu gehört ein verstärktes Engagement für die Empfehlung an die Kirchgemeinden, 5% des Budgets für Hilfswerke und Missionen vorzusehen.

2.2. Handeln in der Gesellschaft

a) Kontinuierlicher Dialog mit der Wirtschaft und der Politik unserer Region

Unsere Kirche formuliert eine Strategie für einen kontinuierlichen und konstruktiven Dialog in festzulegenden Strukturen mit der Wirtschaft (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, weitere Organisationen, Unternehmen, Expertinnen und Experten) und Politik (Grossrat, Regierungsrat, Parteien) unserer Region. Viele Menschen mit mehr und weniger Verantwortung in der Wirtschaft und Politik stehen aktuellen Entwicklungen ebenfalls ambivalent, verunsichert und teilweise auch ablehnend

gegenüber. Die Kirche geht vom Grundsatz aus, dass sie als Institution sowie ihre Mitglieder selber Teil der regionalen Wirtschaft und Politik sind. Sie baut auf bestehende eigene Erfahrungen auf (KMU-Forum, Berner Wirtschaftsmesse). Der offene Dialog soll systematisch auch über die hier vorgelegte Position der Kirche zur Globalisierung geführt werden. Dabei sollen eigene Ziele formuliert und in einem transparenten, zum Teil öffentlichen Prozess Punkte des Konsenses und des Dissenses festgehalten werden.

Der Dialog konzentriert sich auf bestimmte aktuelle Fragen und Konfliktfelder, welche

- von öffentlichem Interesse sind und eine kantonale/regionale Dimension haben,
- die Kirche auch als Institution selber betreffen,
- zu konkreten politischen Forderungen z. B. auf kantonaler Ebene führen können.

Derzeit wichtige Themenbereiche sind:

- Steuersystem, Steuergerechtigkeit, Steuerwettbewerb,
- Verschuldung, Schuldenabbau des Staates,
- Aus-, Um- oder Abbau des Service Public,
- Sozialstaat wohin?
- Die Auswirkungen von Globalisierung und Liberalisierung auf Randregionen,
- Führung von KMUs im Kontext der Globalisierung.

Die Kirche legt inhaltliche Prioritäten fest und erarbeitet eigene Positionen zu den wesentlichen Fragen, über die sie in einen Dialog treten möchte.

b) Kontinuierlicher Dialog mit den globalisierungskritischen Bewegungen

Unsere Kirche verfolgt grundsätzlich eine Doppelstrategie. Parallel zum Dialog mit und der Lobbyarbeit bei Verantwortlichen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik steht sie in unserer Region in einem langfristig angelegten Dialog und einer punktuellen Vernetzungsarbeit mit globalisierungskritischen Bewegungen. Dort findet sie auch einen Ansatz, ihre hier vorgelegten Grundsätze mit neuen Kreisen, insbesondere jungen Menschen, zu diskutieren und Inhalte teilweise gemeinsam umzusetzen. Für diese Arbeit beauftragt die Kirche einzelne Fachstellen und motiviert dazu auch Kirchengemeinden und Gruppen. Unsere Kirche definiert dabei in Inhalt und Form gewisse Schwerpunkte. In der nächsten Zeit sind dies, in Absprache mit und Ergänzung zu Aktivitäten und Kampagnen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Brot für alle und weiteren Institutionen in unserem Umfeld insbesondere:

- Mitarbeit an Schweizerischen Sozialforen, eventuell an Europäischen Sozialforen (Bereiche Sozial-Diakonie und OeME-Migration),
- Mitgestaltung von regional angesiedelten Debatten im Umfeld des World Economic Forum (Bereich OeME – Migration).

c) Auseinandersetzung mit der Frage der Gewalt

Unsere Kirche sucht in der Auseinandersetzung mit der Globalisierung Schritte zur Überwindung jeglicher Gewalt. Sie sieht die Beschäftigung mit der ökonomischen Globalisierung, wo diese Formen struktureller Gewalt annimmt, als einen Beitrag zu der vom OeRK ausgerufenen Dekade zur Überwindung von Gewalt, in der sie ab 2004 engagiert sein wird. Dem Ziel einer gerechteren und friedlicheren Welt dürfen jedoch die politischen Mittel nicht widersprechen. Wir stehen ein für friedliche Kundgebungen zur Kritik der Globalisierung. Unsere Kirche sucht den diesbezüglichen Dialog mit und in den globalisierungskritischen Bewegungen. Um der Glaubwürdigkeit in diesen Bewegungen willen, muss die Kirche aber in der Sache der Globalisierung der Gerechtigkeit deutlich auftreten und nach Bedarf auch Interventionsmöglichkeiten im Bereich von Mediation mit der Staatsgewalt und die Förderung kreativer, gewaltfreier Aktionsformen entwickeln.

d) Formulierung von eigenen Positionen und Unterstützung der Politikstrategien unserer ökumenischen Organisationen, Hilfswerke und Missionen sowie verwandter Organisationen

In zentralen Bereichen der Globalisierungsthematik sollte unsere Kirche eigene Positionen finden und diese, beispielsweise in ihren eigenen Veranstaltungen, Kommunikationsmitteln oder im Dialog mit Organisationen, Unternehmen und (kommunalen, kantonalen wie nationalen) PolitikerInnen aus unserer Region verfechten. Zu manchen Themen kann sie sich den fachlich und personell besser dotierten ökumenischen Organisationen (insbesondere RWB und OeRK), Hilfswerken (insbesondere Brot für alle, HEKS, Mission 21) und kirchlichen Gremien (insbesondere dem Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund) anschliessen oder dort entsprechende Anregungen liefern. Dies muss sie allerdings explizit auch gegenüber der Öffentlichkeit tun und nicht stillschweigend als gegeben voraussetzen.

Unsere Kirche möchte sich im Themenbereich Globalisierung als Teil der europäischen ökumenischen Bewegung verstehen und den Forderungen und Handlungsfeldern anschliessen, wie sie insbesondere in der Konsultation zur "Ökonomie im Dienst des Lebens", die im Juni 2002 in Soesterberg (Niederlande) stattfand, formuliert wurden.³⁶ Diese Konsultation wurde gemeinsam vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), dem Reformierten Weltbund (RWB), dem Lutherischen Weltbund (LWB), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem europäischen Gebietsausschuss des RWB veranstaltet. Gastgeber war der Nationale Kirchenrat der Niederlande. Aus diesem Grund wird im folgenden die dort erarbeitete Formulierung für prioritäre Aktionsfelder integral übernommen. Wir sind uns unserer Grenzen bewusst. Unsere Kirche kann nur einzelne Themen selber vertiefen. Die Forderungen und Aktionsfelder von Soesterberg sollen aber den Rahmen bilden für die Entscheidungsfindung und Handlungsstrategien unserer Fachstellen und Motivation sein für die Arbeit in Kirchengemeinden.

3. Ethische Perspektiven für die kirchliche Auseinandersetzung mit der Globalisierung

Die Reformierten Kirchen Bern–Jura–Solothurn sind ein Teil der schweizerischen Gesellschaft und Öffentlichkeit. So haben sie einen vielfältigen Auftrag im Blick auf eine menschen- und schöpfungsgerechte Gestaltung der Gesellschaft. Sie nehmen öffentlich Stellung zu gesellschaftlichen Fragen und Problemen, sie setzen sich ein für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. In dieser Verantwortung orientieren sie sich an ethischen Perspektiven, die in der jüdisch-christlichen Tradition grundgelegt sind. Diese Grundlagen legen wir klar und deutlich dar, um darüber in einen Dialog treten zu können.

Als Kirche gehen wir dabei von der Einsicht aus, dass individuelles, institutionelles und gesellschaftliches Handeln und Gestalten ethischer Perspektiven bedarf. Im folgenden Teil werden sechs ethische Perspektiven beschrieben, welche das Sehen, Urteilen und Handeln der Kirche bei der Gestaltung der Gesellschaft leiten und speziell bei der Bewertung der Globalisierung eine Rolle spielen. Diese Ausführungen dienen somit auch der Klärung, wie wir zu gewissen Feststellungen in den vorangehenden Teilen gelangten. Die sozialetische Verantwortung unserer Kirche basiert somit auf einer klaren und begründbaren normativen Grundlage. Wir fassen diese in sechs Punkte, sodass sie für die Kirche als Institution, deren Mitglieder und MitarbeiterInnen und auch für weitere Interessierte einen Gebrauchswert haben. Unsere Argumentation soll für den gesunden Menschenverstand einsichtig sein und nicht einfach für theologische Spezialistinnen und Spezialisten!

Zur Anordnung der folgenden sechs ethischen Perspektiven machen wir folgenden Hinweis: Die Lebensdienlichkeit (3.1.) ist eine Grundperspektive, welche durch die Werte Gerechtigkeit (3.2.), Solidarität (3.3.), Partizipation (3.4.) und Bewahrung der Schöpfung (3.5.) eine Präzisierung erfährt. Die ökumenische Perspektive (3.6.) –insbesondere die Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen – schärft die Grundperspektive der Lebensdienlichkeit aus der Sicht der Betroffenen, präziser, aus der „Sicht der Opfer“.³⁷

3.1. Lebensdienlichkeit

Ausgangspunkt des reformierten Verständnisses von Wirtschaften ist der folgende Satz: Wirtschaft gibt es, weil es den Menschen gibt. Alles Wirtschaften hat als unabdingbare Voraussetzung die Tatsache, dass es den Menschen gibt. Damit wird der Mensch in den Mittelpunkt des Wirtschaftens gestellt, jedoch nicht in einem abstrakt-ökonomistischen Sinne als Produktionsfaktor, Kaufkraft und Humankapital, sondern vielmehr als Wesen mit existentiellen Grundbedürfnissen und dem Anspruch auf umfassende Entfaltungsmöglichkeiten. Eine Wirtschaft stellt den Menschen dann in den Mittelpunkt, wenn sie sich nach den Bedürfnissen des Menschen ausrichtet und nicht der Mensch nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. Die Wirtschaft kann nur Mittel sein und nicht Zweck. Doc

Der schweizerische Wirtschaftsethiker Arthur Rich (1910–1992) hat dieses Verständnis von Wirtschaft entfaltet: „*Darum vermag auch keine Ökonomie von der Realität des Menschen in seinen Bedürfnissen, Wünschen, Hoffnungen usw. als der unabdinglichen Voraussetzung allen Wirtschaftens abzusehen.*“³⁸ Der „humane Zweck des Wirtschaftens“ und der Wirtschaft erweist sich als Lebensdienlichkeit. Mit dieser Begrifflichkeit nimmt Arthur Rich seinen Vorgänger in Zürich auf, Emil

Brunner, der formuliert hat: „Die Dienlichkeit, die Lebensdienlichkeit, ist der primäre gottgewollte Zweck der Wirtschaft.“³⁹

Diese Auffassung von Wirtschaft bezieht sich auf das Verständnis des Sabbats, welches im zweiten Testament in Markus 2, 27 auf die bekannte Weise dargelegt wird: „Der Sabbat ist um des Menschen willen gemacht und nicht der Mensch um des Sabbat willen.“⁴⁰ Nicht bloss im Falle akuter Lebensgefahr oder konkreter Not wird das Sabbatgebot aufgehoben, sondern grundsätzlich dient die Institution des Sabbats dem Menschen als Geschenk und Wohltat. Das Wort der Kirchen formuliert: „Religiöse, politische, soziale oder wirtschaftliche Strukturen stehen im Dienst des Menschen und nicht umgekehrt.“⁴¹

„Wirtschaft gibt es, weil es den Menschen gibt.“ Der St. Galler Wirtschaftsethiker Peter Ulrich hat sich diesen Leitsatz zu eigen gemacht⁴², weil sich von diesem Verständnis von Wirtschaft aus die Grundlagen einer lebensdienlichen Wirtschaft entfalten lassen. Wenn nämlich Wirtschaften heisst, Werte zu schaffen, dann darf das entscheidende Mass einer Wirtschaft, welche den Menschen mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt, nicht die Schaffung von Marktwerten (Gewinn, Shareholder-Value) sein, sondern allen Sachzwängen zum Trotz ihre Lebensdienlichkeit.

Der Begriff der Lebensdienlichkeit wirft zwei Fragen auf:

- Die Sinnfrage: Welche Werte sollen geschaffen werden? Dabei insistiert die Lebensdienlichkeit darauf, dass lebensweltliche Kategorien wie Bedürfnisse, Lebensqualität, gutes Leben sich nicht in rein ökonomische Rationalitätskriterien wie Nutzenmaximierung oder Effizienz umdeuten lassen.
- Die Legitimationsfrage: Für wen sollen die Werte geschaffen werden? Mit dieser Frage wird die gerechte Gestaltung unserer Gesellschaft jenseits von aktuellen Gegebenheiten und Marktverhältnissen thematisiert. Innerhalb der ökonomischen Theorie wird diese Gerechtigkeitsfrage nicht gestellt. Wohl gibt es die Tauschgerechtigkeit, die sich aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage ergibt. Soziale Gerechtigkeit ergibt sich aber in der herkömmlichen Theorie dann quasi automatisch aus dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage.

Wird vom Primat der Lebensdienlichkeit ausgegangen, muss die Kirche die Suche nach ökonomischen Alternativen und Experimenten fördern und fordern, wenn die Lebensdienlichkeit in den real existierenden Formen der Marktwirtschaft in Frage gestellt wird.⁴³ Zum Begriff der Lebensdienlichkeit gehören Fragen nach Werten, deshalb werden im folgenden die Werte Gerechtigkeit, Solidarität, Partizipation und Bewahrung der Schöpfung aufgenommen.

3.2. Gerechtigkeit

Im Laufe der Moderne hat sich als wichtigstes Grundprinzip der Gerechtigkeit das Prinzip der Gleichheit herausgebildet, das von einer stetig wachsenden Zahl von Individuen verfochten und in Menschenrechtserklärungen und Verfassungen niedergelegt ist. Dieses Prinzip der Gleichheit bezieht sich auf Rechte und Ansprüche, auf die Verteilung von Macht, Lebenschancen und Lebenslagen. Gerade auch in der jüdisch-christlichen Tradition hat die Gerechtigkeit einen besonderen Stellenwert: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“ (Spr 14, 34). „Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“ (Amos 5, 24). Gott „lässt seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und lässt regnen über Gerechte und Ungerechte.“ (Mt 5, 45).

Die Gerechtigkeit im Sinne der Gleichheit vor dem Gesetz wird durch die Verfassung garantiert (Legalgerechtigkeit), während die soziale Gerechtigkeit immer wieder neu definiert und eingefordert werden muss. Für die Ethik der reformierten Kirche ist es wichtig, dass sie ihren speziellen Begriff von Gerechtigkeit erläutert. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind die Leitthemen der aktuellen ökumenischen Debatte (VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983), Gerechtigkeit steht also grundsätzlich in diesem grösseren Zusammenhang. Das spezielle Verständnis von Gerechtigkeit der reformierten Kirche lässt sich am deutlichsten zeigen, wenn im Folgenden verschiedene Gerechtigkeitsvorstellungen dargestellt und charakterisiert werden, die sich im Blick auf die soziale Gerechtigkeit herausgebildet haben.⁴⁴

Die liberale Wachstumsgesellschaft und die neoklassische Theorie erklären solche sozialen Verhältnisse für optimal, bei denen keine Möglichkeit mehr besteht, sie für einige zu verbessern, ohne gleichzeitig andere schlechter zu stellen („Pareto optimum“). Die Grenzen dieses Prinzips liegen darin, dass es keine Kriterien dafür kennt, wessen Situation verbessert werden soll. Zudem fehlt der Gedanke des Ausgleiches und damit das für uns grundlegende Prinzip der Gerechtigkeit. Insofern kann bei diesem Prinzip nicht von einem eigentlichen Gerechtigkeitsprinzip gesprochen werden.

Das Prinzip der *Leistungsgerechtigkeit (justitia commutativa)* ist grundlegend für die liberale und soziale Marktwirtschaft: Jemand, der einem anderen eine Leistung (Arbeit oder Ware) zur Verfügung stellt, ist durch eine Gegenleistung von gleichem Wert zu entschädigen. Der Vorteil dieses Gerechtigkeitsprinzips ist, dass die Entschädigung nicht nach Stand oder Ansehen der Person, sondern objektiv nach Leistung erfolgt. Die Gefahr liegt in der Verabsolutierung der Leistung, welche zur Ausblendung der Bedürfnisgerechtigkeit führt.

Die Ordnungspolitik der sozialen Sicherheit und der Solidarität mit den Schwächsten geht vom Prinzip der *Bedürfnisgerechtigkeit (justitia distributiva)* aus. Dieser Grundsatz bedeutet, dass jede Person unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit so viel erhalten soll, dass sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen kann. Dieses Verständnis von Gerechtigkeit kann dahingehend präzisiert werden, dass es gilt, zuerst die Situation der Benachteiligten zu verbessern, wie dies von John Rawls in seiner Theorie der Gerechtigkeit (1975) gefordert wurde. Das Gerechtigkeitsverständnis in der jüdisch-christlichen Tradition verstärkt diese Bedürfnisgerechtigkeit, indem es die Zuwendung zu den Armen und Benachteiligten als grundlegend betrachtet. Man spricht von einer Option für die Armen, einer konsequenten und radikalen Orientierung am Wohl der Armen und Benachteiligten. Soziale Gerechtigkeit bedeutet somit die vorrangige Parteinahme für die Benachteiligten und Machtlosen in unserer Gesellschaft (regional, national, global; heute und morgen). Sie erschöpft sich nicht in der persönlichen Fürsorge, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen des Mangels an Lebensqualität und der Teilhabe an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen. Das berühmte Gleichnis der Arbeiter im Weinberg (Mt 20, 1-16) nimmt die Bedürfnisgerechtigkeit auf: Die Arbeiter, die früh morgens zu Arbeiten angefangen haben, erhalten den gleichen Lohn wie diejenigen, die nur eine Stunde im Weinberg gearbeitet haben. Alle brauchen gleichviel zum Leben. Der Lohn hat lebensdienlich zu sein. Zentral bei der Bedürfnisgerechtigkeit ist so die Ausgleichgerechtigkeit, welcher das Kriterium der Gleichheit aller Menschen in ihren grundlegenden Bedürfnissen und Rechten zugrunde liegt. Das beinhaltet die Forderung, dass die Institutionen und Prozesse in Wirtschaft und Politik so ausgestaltet sind, dass allen die aktive Beteiligung am wirtschaftlichen und politischen Leben gewährleistet wird. Man spricht in diesem Zusammenhang von Beteiligungsgerechtigkeit.

Nach dieser Darstellung verschiedener „Gerechtigkeitsvorstellungen“ kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die „Parteinahme für die Schwachen“ den roten Faden biblisch bezeugter Gerechtigkeitsvorstellungen bildet.⁴⁵

3.3. *Solidarität*

Das Prinzip der Solidarität basiert auf der Tatsache, dass Menschen in einer Gesellschaft gegenseitig aufeinander angewiesen sind. Solidarität meint die Verantwortung der Starken für die Schwachen, der Reichen für die Armen, der Davongekommenen für die Opfer. In dieser Definition kann gerade das Verhalten von Jesus als solidarisch charakterisiert werden: Er hat sich bewusst auf die Seiten der Kleinen, Armen und Benachteiligten gestellt. Wir wissen, dass er zu seinen Mählern Verachtete, Ausgestoßene, Erniedrigte eingeladen hat, dass er nicht nur mit jüdischen Gelehrten redete, sondern auch mit Kindern, Unwichtigen, Sündern, Zöllnern und Prostituierten (Lk 18, 15f; Mt 18,2; Mk 2,15-17,18f; Mt 11,19; Lk 7,34; Mt 21,32; Lk 15,2). Sein Verhalten war geprägt von Zuneigung, Verbundenheit, Zärtlichkeit, Solidarität und der besonderen Sympathie für die Benachteiligten⁴⁶.

Ausgehend vom Verhalten Jesu versteht sich die Kirche als eine Gemeinschaft, in der einer dem anderen dient, in der Solidarität und Geschwisterlichkeit gelebt werden sollten. Wichtig dabei ist: Geschwisterlichkeit darf nicht allein als "humane Gegenseitigkeit" und als "Eintreten für die Schwachen" im bloss zwischenmenschlichen Bereich betrachtet werden, sondern enthält als Vorstellung einer humanen Gesellschaft die folgenden vier Grundsätze⁴⁷:

- Gemeinnützigkeit des Eigentums (Mt 6,19ff; 19,21ff; Lk 18,17ff; 12,32ff; Apg 2,42ff; 4,32ff.);
- Gegenseitige Hilfe, aktive Solidarität des Stärkeren für den Schwächeren (Mt 18,12ff; 19,21ff; 20,1ff; 26ff; 22,30f; 25,31ff);
- Befreiung der menschlichen Beziehungen von Herrschaft und Knechtschaft (Mk 10,42ff; Lk 22,25ff; Mt 18,1ff; 20,20ff);
- Gewaltfreiheit, Abwesenheit von physischem oder psychischem Zwang in den menschlichen Beziehungen, Feindesliebe (Mt 5,5; 21ff, 38ff; 18,21ff).

Solidarität im Sinne von Geschwisterlichkeit rechnet wohl mit Ungleichheiten, hat jedoch zum Ziel, diese zu überwinden. Die Solidarität der Reichen mit den Armen schliesst die strukturelle Überwindung der Ungleichverhältnisse ein; es geht um die Vermittlung von Freiheit und Gleichheit, weil Solidarität im Kern die Ausgleichsgerechtigkeit fordert. Geschwisterlichkeit bezieht sich so erstens auf die partizipativ-kooperative Gestaltung der Gesellschaft mit allen ihren Institutionen; zweitens beinhaltet sie die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen und drittens gehört zur Geschwisterlichkeit Gewaltfreiheit (physisch-militärische wie psychische und strukturelle Gewalt) und ein jeglicher Verzicht auf Bedrohung.

Die lebensdienliche Relevanz der Solidaritätsperspektive ergibt sich aus der Tatsache, dass eine reine marktfundamentalistische Position, die im Kontext der Globalisierung eine besondere Bedeutsamkeit und Macht entfaltet und erhalten hat, die Solidarität in einen lebenszerstörenden Wettbewerb auflöst. Die Gesellschaften der westlichen Industriegesellschaften - und seit der Wende 1989 die des „Ostens“ - sind geprägt und bestimmt durch den liberalistischen Freiheitsbegriff. Dieser ist in der Wirtschaftslehre über den Individualismus als Methode, das Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip, verankert. Das Grundproblem dieses liberalen Freiheitsbegriffes ist, dass er ethisch den Sozialdarwinismus (survival of the fittest, Option für die Starken) in sich trägt. Er kann die Tatsache nicht erklären, dass Menschen soziale Wesen sind und zur Verwirklichung ihrer Freiheit einander bedürfen. Die Rede von der Ego-Gesellschaft bringt dies zum Ausdruck.

Ethisch-soziologisch ist dagegen davon auszugehen, dass sich keine Gesellschaft allein auf Freiheit, schon gar nicht auf Egoismus aufbauen lässt. So wird in der sogenannten Kommunitarismusdebatte davon gesprochen, dass die "soziale Erneuerung" bzw. die soziale Integration der Gesellschaft nur

dann gelingen wird, wenn deren Mitglieder und Institutionen sich wieder an ethischen Grundwerten wie Gemeinsinn und Solidarität orientieren. Wo der Wettbewerb ohne ethische Rahmenbedingungen (Gemeinwohl) verabsolutiert wird, wird er zu einem sozialdarwinistischen Geschehen. Jeglicher Ökonomismus, welcher den Wettbewerb (kombatives Gegeneinander) und die Solidarität (wechselseitiges Füreinander) deckungsgleich als Einheit sieht, ist grundsätzlich und radikal in Frage zu stellen, weil diese Haltung die Lebensdienlichkeit radikal in Frage stellt.

Der OeRK-Generalsekretär Konrad Raiser fasst in seinem Berner Vortrag vom 9. Januar 2003 die Perspektive der Solidarität als Alternative zum Prinzip Gewalt folgendermassen zusammen: *„Im Zentrum der Logik der ökonomischen Globalisierung steht die Verabsolutierung des Wettbewerbs im Rahmen des freien Marktes als Idealmodell wirtschaftlichen Handelns. Wettbewerb ist ein strukturierter Kampf um wirtschaftlichen Vorteil und Gewinn, ein Kräftemessen, an dessen Ende der kapitalstärkere, schnellere und erfindungsreichere Partner obsiegt. Wettbewerb folgt der Logik von Gewinn und Verlust, Sieg und Niederlage, und unregulierter Wettbewerb führt unweigerlich zur Verdrängung der schwächeren Partner. Dieselbe Logik von Macht im Sinne der Ausübung von Herrschaft der Stärkeren über die Schwächeren ist am Werk in Situationen der Gewalt bzw. bei allen Versuchen, soziale und politische Konflikte auf gewaltsame Weise durch den Einsatz überlegener physischer oder militärischer Macht zu lösen. (...) Alle Gewalt ist letztlich Ausdruck von zutiefst gestörten Beziehungen und des gleichen rein konfrontativen Verständnisses von Macht, das auch in den verschärften Formen globalen Wettbewerbs am Werk ist. (...) Hierbei handelt es sich um eine echte Herausforderung für die Kirchen, denn sie haben sich weitgehend an die herrschende konfrontative Logik der Macht angepasst, entweder durch den Rückzug aus jeder Mitwirkung an der Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens und die Verdrängung der Macht als böse, oder durch Teilnahme am Spiel mit der Macht und ggf. die geistlich-theologische Legitimierung von Machtausübung durch den Einsatz von Mitteln der Gewalt. (...) Es geht heute um nicht weniger als um die Formung einer neuen bzw. die erneute Bekräftigung einer älteren Kultur, einer Kultur der Solidarität und der Kooperation, einer Kultur des Friedens und der Versöhnung. Dem Verständnis und der Praxis menschlichen Zusammenlebens, wonach Leben unvermeidlich ein Kampf ist, in dem letztlich die Stärkeren gewinnen, muss eine alternative Kultur und ein anderes Ethos entgegengesetzt werden, in deren Mittelpunkt das Leben in Beziehung steht.“⁴⁸*

3.4. Partizipation

Die Gesellschaften der westlichen Welt (Europa, USA) müssen die Frage beantworten, wie sie gesteuert werden wollen und auf welche Weise wichtige Entscheide getroffen werden sollen. Ein grundlegendes Merkmal dieser demokratischen Gesellschaften ist die Vielfalt an differenzierten Teilsystemen wie das politische, ökonomische oder kulturelle. Gesellschaftliche Analysen haben aufgezeigt, dass sich eine Dominanz des technisch-ökonomischen Teilsystems herausgebildet hat.

Dies bedeutet ein Zweifaches:

- Im Bereich der Technik gilt der Imperativ: Das technische Können impliziert das Sollen (can implies ought). Das heisst, das technisch Machbare bestimmt, was ethisch richtig ist. Die aktuelle umfassende Diskussionen im Bereich der Gentechnologie (embryonale Stammzellenforschung u.a.) ist dafür eine Bestätigung. In der heutigen Zeit manifestiert sich nicht mehr bloss ein Konflikt zwischen Ethik und Technik, vielmehr dominiert die Technik die Ethik. Dieser eindeutige Primat der Technik geht mit einem Primat der Wirtschaft gegenüber der Politik einher.

- Das ökonomische Denken ist fixiert auf das Funktionale, Technokratische, Instrumentale, Nützliche, Machbare, Verfügbare und Kontrollierbare und ist gleichzeitig gegenüber allem Nicht-Funktionalen, Affektiven, Expressiven und Moralischen verständnis- und sprachlos⁴⁹. Dieses Denken ist konstitutiv für das ‚System‘ Wirtschaft und hat gleichzeitig auf die ‚Lebenswelten‘ unserer Gesellschaft wie Familie, Kindergarten, Schule, Gesundheitswesen, Freizeit und Kultur übergegriffen. Mit Bezug auf J. Habermas spricht P. Ulrich von einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“⁵⁰ und stellt dann fest: *„Die moderne Gesellschaft hat nicht eine hochentwickelte, vergesellschaftete Ökonomie, sondern sie ist in völliger Umkehr der früheren Verhältnisse eine ‚Wirtschaftsgesellschaft‘, oder präziser gesagt: die Identität der modernen Gesellschaft, so wie sie bisher vorliegt, definiert sich erstmals vorrangig durch ihre ökonomische Organisation und ihre ökonomistische (d.h. durch die Reduktion tendenziell aller Werte auf ökonomische Werte charakterisierte) Werteordnung.“*⁵¹

„Partizipation“ stellt angesichts einer marktfundamentalistischen Wirtschaft, in welcher ein Primat der Wirtschaft vor der Politik herrscht, die Frage, wie die modernen Gesellschaften so gesteuert werden können, dass die Dominanz des technisch-wirtschaftlichen Systems überwunden und die Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft und Werte wie Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung realisiert werden können. Partizipation heisst grundsätzlich *„das Teilhabenkönnen aller Beteiligten und Betroffenen an den institutionell bedingten Mächten, Rechten, Gütern und Befugnissen“*⁵², die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Neben den kodifizierten Partizipationsrechten (Volksabstimmungen, demokratische Prozesse) erhalten die etablierten kulturellen, sozialen und politischen Bewegungen (NGOs, Friedensbewegung, Ökologiebewegung, Gewerkschaften, Konsumentenschutzorganisationen etc.) in der Auseinandersetzung mit einer grenzenlos technokratischen und ökonomischen Kolonialisierung der Lebenswelt einen herausragenden Stellenwert. Denn diesen Bewegungen geht es um die Verteidigung von Freiräumen autonomer Persönlichkeitsentwicklung und „kommunikativer/wertorientierter“ Lebensbereiche, sie setzen sich ein gegen deren fortschreitende Durchdringung durch die „eigensinnigen“ Funktionszwänge der Systementwicklung, gegen Durchökonomisierung, Durchrationalisierung und Durchtechnisierung⁵³. Dass das Potenzial der sozialen Bewegungen bei allen inneren Widersprüchen und Konflikten relativ hoch ist und sein sollte, zeigen die alternativen Veranstaltungen im Rahmen des World Economic Forum (in Davos selbst wie in Porto Alegre). Es ist für die Realisierung der Perspektive von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung absolut notwendig, diese sozialen Bewegungen zu fördern und zu unterstützen.

Grundsätzlich verlangt Partizipation, dass alle von einem Entscheid Betroffenen miteinbezogen werden. Dieses sogenannte Stakeholder-Prinzip ist die Voraussetzung für eine Wirtschaft, welche den Menschen und die Mitwelt in den Mittelpunkt stellt. Dieses Verständnis von Partizipation ist gerade auch im Bereich der globalisierten Wirtschaft einzufordern. Das heisst konkret, dass in den speziellen Institutionen der Weltwirtschaft (Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds, Weltbank usw.) gerechte partizipative Strukturen realisiert werden müssen.

3.5. Bewahrung der Schöpfung

Gerade der Vorwurf gegenüber der jüdisch-christlichen Tradition, dass sie die Initialzündung für die Umweltzerstörung gegeben habe (Genesis 1,28: die Erde beherrschen), hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Achtung vor der Natur wesentlich zu dieser Tradition gehört. Die Rede davon, dass

Himmel und Erde eine Schöpfung Gottes (apostolisches Glaubensbekenntnis) und Gott die Quelle allen Lebens ist (Ps 36, Apg. 17), hat die folgenden ethischen Implikationen: *Erstens* ist der Mensch dazu ermächtigt, seine Umwelt zu gestalten. Der ethische Sinn der Rede von der Geschöpflichkeit ist demzufolge die Freiheit des Menschen, seine Umwelt mitzuprägen und zu nutzen. Diese Freiheit ist jedoch eine geschöpfliche und damit eine verantwortliche, womit ein *zweiter* Gesichtspunkt des geschöpflichen Weltverständnisses genannt ist. Diese Freiheit der Nutzung darf nie ohne Verantwortung geschehen, das heisst, dass jede totale Machbarkeits- und Verfügbarkeitsideologie einer radikalen Kritik unterzogen wird. Der Mensch weiß um seine Grenzen und verzichtet damit auf die Machtausübung über die Natur.

Die Geschöpflichkeit mit ihren Momenten der *Freiheit, Verantwortung* und *Grenzen* bewahrt in einer ganz besonderen Weise den Gedanken der *Endlichkeit* und des *Todes* in sich auf, womit ein *dritter* Gesichtspunkt genannt ist: Wir erkennen, dass wir faktisch die Möglichkeit haben, uns und unsere Welt selbst zu zerstören. Dieses Bewusstsein der Endlichkeit ist weder apokalyptisch, pessimistisch, abstrakt noch formal. Vielmehr erhält die Verantwortung damit eine weitere Dimension: die Folgen einer Handlung bleiben nicht auf den Nahhorizont beschränkt, sondern umfassen eben auch den Fernhorizont.

Diese verschiedenen Sinnmomente (Freiheit, Verantwortung, Grenzen, Endlichkeit, Zerstörbarkeit) der Geschöpflichkeit können in die folgenden Kriterien gefasst werden:

- Die Nutzung der Natur ist begrenzt und es gilt, dass das Nutzen immer ein Bewahren ist. Menschliche Ansprüche, welche die Mitwelt laufend beeinträchtigen und übernutzen, sind ethisch nicht gerechtfertigt.
- Die natürliche Lebenswelt hat in ihrer Geschöpflichkeit ein eigenständiges Recht auf Erhaltung und Bewahrung.
- Es besteht ein Konflikt zwischen Mensch und Natur, wobei dieser symmetrisch (gleichwertig) auszugestaltet ist und das Prinzip der Fairness (Verzicht des Stärkeren auf seine Überlegenheit und Anerkennung der Eigenrechte der Natur) verwirklicht werden sollte.
- Es gilt räumlich und zeitlich global zu denken und lokal zu handeln.
- Niemand darf eine Entwicklung in Gang setzen, die nicht mehr gesteuert werden kann. Handlungen, welche irreversible Folgen zeitigen, sind sofort zu revidieren.
- Handle so, dass das gleiche Recht auf Erhaltung und Entfaltung aller einmaligen heutigen und zukünftigen Systeme und Akteure gewährleistet bleibt. Die Wirkungen jedes Handelns müssen verträglich sein mit der Fortdauer echten menschlichen Lebens heute, morgen, in ferner Zukunft, hier auf Erden⁵⁴.

Es wird unmittelbar deutlich, dass diese Handlungsnormen der jüdisch-christlichen Tradition im Begriff der Nachhaltigkeit aufgenommen sind, wie er im Prozess der Lokalen Agenda 21 formuliert wurde: „*Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für künftige Generationen die Möglichkeit zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.*“⁵⁵ Nachhaltige Entwicklung darf allerdings nicht zum Modebegriff ohne analytischen Wert werden, sondern soll ihre Schärfe hinsichtlich der Ressourcen- und Energiefrage behalten: „*Zukunftsfähigkeit muss die beiden Komponenten einer nachhaltigen Nutzung beinhalten: erneuerbare Ressourcen und die Reduktion der mineralischen Energie- und Stoffumsätze auf ein risikoarmes Niveau. Auch die beiden politisch wesentlichsten Ergebnisse der Rio-Konferenz von 1992: die Konvention über die Biodiversität und die Rahmenkonvention über die Klimaveränderungen, gehen von diesen Voraussetzungen aus.*“⁵⁶

3.6. Die ökumenische Perspektive

Die ökumenische Perspektive, das meint hier die Perspektive der ökumenischen Bewegung, insbesondere des Ökumenischen Rates, ist ein weltweiter grenzüberschreitender Prozess des Suchens, Fragens,erspürens und Bezeugens in Bezug auf die Verwirklichung von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Die Leistung der ökumenischen Perspektive besteht darin, dass die Erfahrung der Armen und Benachteiligten bewusst gemacht wird und dass es aus dieser Perspektive unmöglich wird, unkritisch von einem Erfolgsmodell Marktwirtschaft zu sprechen.

Wohl hat der Ökumenische Rat der Kirchen in seiner „Erklärung zum Wirtschaftsleben“ die Rolle des Marktes gewürdigt, doch zugleich wird festgehalten, dass die Marktbeziehungen so dominant geworden sind, dass die modernen Demokratien zu Marktgesellschaften geworden sind: *„Während in der Vergangenheit die Markttransaktionen in die sozialen Beziehungen eingebettet waren, sind heute die sozialen Beziehungen immer mehr in die alles beherrschenden Marktbeziehungen eingebettet.“*⁵⁷

Das heisst, der freie Markt hat einen totalitären Charakter angenommen und ist zu einem götzenhaften Fetisch geworden⁵⁸. Daraus folgt, dass nur eine echte Demokratisierung aller Aspekte der Macht bewirken kann, dass der Markt die ihm zukommende Rolle in der Gesellschaft spielt, nämlich die gerechte und ökologische Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse⁵⁹, *„wobei den Bedürfnissen schwacher Gruppen in der Gesellschaft und in der ganzen Schöpfung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Die Antworten auf viele dieser Probleme und Fragen müssen durch partizipatorische politische Prozesse gefunden werden, in denen die Zivilgesellschaft (Arbeiterorganisationen, Freiwilligen-Organisationen, Verbraucherbewegungen usw.) eine entscheidende Rolle spielen.“*⁶⁰

Oftmals wird der ökumenischen Perspektive der Vorwurf gemacht, sie sei revolutionär, anklagend, pauschalisierend und radikal. Richtig daran ist, dass sie die Perspektive der Betroffenen bewusst macht. Das heisst: Der Zugang zum Markt aus der Sicht der Ökumene ist eine Orientierung aus der Perspektive der Betroffenheit. Ausgangspunkt der Analysen des Ökumenischen Rates sind die Erlebnisse, die Wut, die Geschichten einfacher Leute, Fischer, Bauern, ArbeiterInnen auf Plantagen und in Fabriken, worin zum Ausdruck kommt, *„dass die Optik in Lateinamerika geprägt ist vom Erleben eines oft brutalen merkantilistischen Kapitalismus, dessen internationale Träger die sozialmarktwirtschaftlichen Regeln, an die sie an den Standorten ihrer Muttergesellschaften sich zu halten gesetzlich gezwungen sind, oft genug missachten.“*⁶¹

Die Erfahrungen mit dem Markt sind somit beispielsweise in Lateinamerika grundverschieden von jenen in Europa. Der Gedanke der Sozialen und Freien Marktwirtschaft ist in Lateinamerika kaum erfahrbar; vielmehr wird ein brutaler, lebenszerstörender Kapitalismus erlebt, der im Rahmen sozialmarktwirtschaftlicher und ordnungsliberaler Wirtschaftsverhältnisse als für überwunden betrachtet worden ist. Weltwirtschaftlich hat jedoch die europäische Konzeption von Sozialer Marktwirtschaft wenig Wirkung gezeitigt. Aufgrund diesen realen Verhältnissen und Erfahrungen gilt: *„Wo aber die Marktwirtschaft so zur Heilslehre hochstilisiert wird und jede soziale Kritik (also beileibe nicht nur diejenige von sozialpolitisch besonders engagierten Befreiungstheologen) als Werk des Teufels gilt, muss der Theologe um des Evangeliums willen aufbegehren.“*⁶²

Diese Analysen des Marktes aus der Sicht der Länder der Dritten Welt enthalten nicht billige Polemik und Totalkritik, sondern machen mit aller Schärfe auf Folgendes aufmerksam: *„Eine wirklich soziale Marktwirtschaft bliebe trotz aller Gewährleistung von wirtschaftlich rechtem Ausgleich*

*ein Skandal, wenn sie sich unter Ausschluss oder gar auf Kosten der Armen in der Dritten Welt auf den nationalen Bereich beschränken würde.*⁶³ Die ökumenische Perspektive bringt somit die Situationsbeschreibung der Dritten Welt in unser Nachdenken über den Markt ein. Dies ist nichts als sachgerecht, denn es gilt: Wer diesen Zugang zum Nachdenken über den Markt ablehnt, lehnt die Würde all der Menschen ab, welche in unerträglichen Lebenssituationen leben müssen.

Die ökumenische Perspektive ist eine globale Perspektive der Betroffenen. Im „Wort der Kirchen“ wird diese Perspektive als Voraussetzung für eine gemeinsame Zukunft konstatiert: *„Indem wir die Perspektive der Benachteiligten und Sprachlosen einbringen, ermöglichen wir denjenigen, die zu den Gewinnern und Gestaltern der derzeitigen Umwälzungen gehören, andere Aspekte der Wirklichkeit in ihre Weltdeutung zu integrieren und wahrzunehmen, wie sich gewisse Entscheidungen und Weichenstellungen auf die Menschen auswirken.*⁶⁴

Welche Brisanz diese Perspektive weiter in sich trägt, zeigt der folgende Sachverhalt: In der 1991 veröffentlichten Denkschrift der EKD „Gemeinwohl und Eigennutz“ wird die Marktwirtschaft auf der einen Seite als Erfolgsmodell gewürdigt. Gleichzeitig wird die folgende Aussage in Bezug auf den berechtigten Anspruch aller auf die Reichtümer der Erde gemacht: *„Freilich wächst zugleich die Einsicht, dass die Erde, ökologisch betrachtet, eine Ausdehnung der Lebensverhältnisse in den Industrieländern auf die ganze Welt nicht zu tragen vermag: Im globalen Maßstab sind weder der Energie- und Ressourcenverbrauch noch der Schadstoffausstoss in den Industrieländern schöpfungsverträglich. Umso dringlicher stellt sich angesichts der Ungleichheit der gegenwärtigen Lebensverhältnisse die Frage der sozialen Gerechtigkeit.*⁶⁵

Dieser Text besagt nichts anderes als dies: Eine Universalisierung der aktuellen Gestalt der Marktwirtschaft darf nicht sein, weil durch eine solche Ausdehnung der industriellen Lebensverhältnisse ein ökologischer Kollaps eintreten würde. Konkret: Falls nur China mit seiner Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen den Lebensstandard der westlichen Industrieländer realisieren wollte, wäre dies die sichere ökologische Katastrophe. Zugleich wird in Beziehung auf diese Tatsache festgehalten, dass aus der Perspektive der Menschen zum Beispiel in der Dritten Welt enorme lebensfeindliche und lebenszerstörende Ungleichheiten in den Lebensverhältnissen bestehen. Dieser hier konstatierte Sachverhalt liess Carl Friedrich von Weizsäcker fragen: *Müssen wir einer asketischen Weltkultur entgegengehen?*⁶⁶ In dieser Frage steckt zugleich eine radikale Kritik an der Rede vom Erfolgsmodell des globalisierten marktwirtschaftlichen Wirtschaften. Denn: Eine solche Charakterisierung ist nur dann möglich, wenn wir die folgende Widersprüchlichkeit ausblenden: Der globalisierte Weltmarkt hat den Welthandel verdreifacht und die Produktivität weltweit gesteigert. Gleichzeitig sterben jeden Tag 100'000 Menschen an Hunger oder an dessen Folgen. Und alle sieben Sekunden verhungert auf dieser Welt ein Kind unter zehn Jahren. Die ökumenische Perspektive holt diese Widersprüchlichkeit in unser Sehen, Urteilen und Handeln ein. An die Adresse der Kirchen stellte der südkoreanische Theologe Seong-Won Park vom Reformierten Weltbund an der Tagung vom 9. September 2002 in Bern die entscheidende Frage: *„Teilen Sie den Standpunkt, dass die spaltenden und ausschliessenden Kräfte der wirtschaftlichen Globalisierung auch die Identität der Kirche als Gemeinschaft und Leib Christi bedrohen?“*⁶⁷

Die sechs hier vorgestellten ethischen Perspektiven haben die Aufgabe, das Sehen, Urteilen und Handeln der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn zu begründen. Sie erklären, warum die reformierte Kirche auf bestimmte Probleme besonders aufmerksam macht und darauf insistiert, dass diese einer Lösung zugeführt werden. Konkret: Wer aus der Perspektive der Opfer sieht, der drängt auf eine Effizienz in der Verwirklichung von Gerechtigkeit und der elementaren Bedürfnisbefriedigung.

Die sechs dargelegten Perspektiven lassen sich auch in drei Umkehrrichtungen (metanoia) zusammenfassen, wie dies Wolfgang Huber mit Bezug auf Dietrich Bonhoeffer getan hat⁶⁸:

(1) Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung.

(2) Umkehr zur Tat.

(3) Umkehr zum Leben.

Alle drei Umkehrrichtungen – das ist ethische Effizienz! – sind in einem hohen Masse anstössig: Sie beinhalten eine grosse Ungeduld im Blick auf Gefährdungen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Genau dies zeichnet den reformierten Protestantismus aus, der im demokratischen Rechtsstaat, durch die globalisierte Wirtschaft in seiner Wirksamkeit eingeschränkt, auf die Realisierung von Ansätzen eines anderen Wirtschaftens, einer anderen Welt drängt.

Ein letztes Lied: Grosser Gott, wir loben dich⁶⁹

*Mach vom Hass die Geister frei,
frei von Sündenlast und -ketten;
brich des Mammons Reich entzwei;
du nur kannst die Menschheit retten.
Rette uns aus Schuld und Not,
Hei'ger Geist, barmherz'ger Gott.*

Karl von Greyerz, Berner Pfarrer (1870-1949)

4. Quellenangaben und Erläuterungen

¹ nach Zürcher Bibel

² Art. 2,4 der Verfassung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Bern, Bern (mit Ergänzungen bis) 2000.

³ Die „ethischen Perspektiven“, welche der Analyse und den Handlungsschwerpunkten dieses Papiers zugrunde liegen, werden im letzten Teil ausführlich dargestellt.

⁴ Fachstelle OeME (Hrsg.), *Die Kirche und die Globalisierung*, Bern 2003, S.41.

⁵ Aymo Brunetti, Eric Scheidegger, *Plädoyer für eine faktenbasierte Globalisierungsdiskussion*, in: *Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik*, 1/2002, S. 4ff.

⁶ vgl. etwa die Zeitschrift: *Die Volkswirtschaft*, herausgegeben vom *Staatssekretariat für Wirtschaft seco*, Bern (www.seco-admin.ch), insbesondere 1-2002.

⁷ Synodalrat, *Legislaturziele 2004-2007*.

⁸ Synodalrat, *Legislaturziele 2004-2007*.

⁹ *Kirchenordnung des Evangelisch-reformierten Synodalverbandes Bern-Jura vom 11. September 1980*, Art. 82,2.

¹⁰ *Kirchenordnung*, Art. 154,2.

¹¹ *Reformierter Weltbund, Aufruf zum „Processus Confessionis“*, Debrecen 1997, abgedruckt u.a. in: *Fachstelle OeME (Hrsg.), Die Kirche und die Globalisierung*, Bern 2003.

¹² Mani Matter, *Us emene lääre Gygechaschte: berndeutsche Chansons*, Solothurn 1972.

¹³ *Fachstelle OeME (Hrsg.), Die Kirche und die Globalisierung*, Bern 2003, S.14

¹⁴ vgl. H. Bieri, P. Moser, H. Steppacher, *Die Landwirtschaft als Chance einer zukunftsfähigen Schweiz. Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft*, Zürich 1999.

¹⁵ Markus Mugglin, in: *Fachstelle OeME (Hrsg.), Die Kirche und die Globalisierung*, Bern 2003, S. 13.

¹⁶ *Bundesrat, Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern 2004-2007*, Bern 2003, S.5.

¹⁷ a.a.O., *Kurzfassung*, S. 3.

¹⁸ a.a.O., *Kurzfassung*, S.4.

¹⁹ Richard Gerster, *Globalisierung und Gerechtigkeit*, Bern 2001, S. 42.

²⁰ Ueli Mäder, Elisa Streuli, *Reichtum in der Schweiz. Portraits – Fakten – Hintergründe*, Zürich 2002.

²¹ oikoumene.net/home/global/processusconfessionis99/processus.soesterberg02/

²² abgedruckt in: *Fachstelle OeME (Hrsg.), Die Kirche und die Globalisierung*, Bern 2003, S.26.

²³ vgl. zu diesem Abschnitt: François Mercier, *Explosive internationale Finanzkrisen, Brot für alle*, Bern 2003.

²⁴ *Botschaft „An unsere Schwesterkirchen, Agenturen und christlichen Institutionen der nördlichen Hemisphäre“*, Buenos Aires 20. Dezember 2001.

²⁵ *Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz. Wort der Kirchen – Miteinander in die Zukunft*, Bern 2001, S. 77.

²⁶ Konrad Raiser, in: *Neue Wege*, April 2003, S.75.

²⁷ www.cleanclothes.ch

²⁸ *Das Bruttosozialprodukt resultiert aus dem Wert aller Güter und erbrachten Dienstleistungen eines Staates innerhalb eines Jahres.*

²⁹ *Stiftung Frieden und Entwicklung (Hrsg.), Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen*, Frankfurt a.M. 2001, S. 117.

³⁰ a.a.O., S. 122.

-
- ³¹ *Fachstelle Migration, Ein migrationspolitisches Credo, Bern 2003 (www.refbejuso.ch/migration)*
- ³² *Maud Barlow, Tony Clarke, Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser, München 2003.*
- ³³ *vgl. www.swisscoalition.ch*
- ³⁴ *Gesangbuch der Evangelisch-reformierten Kirchen der deutschsprachigen Schweiz, Basel 1998, Lied Nr. 487.*
- ³⁵ *Fachstelle OeME (Hrsg.), Die Kirche und die Globalisierung, Bern 2003, S.41*
- ³⁶ *ab dem nächsten Abschnitt integrales Zitat, bis Ende Punkt d). Abrufbar unter: oikume-
ne.net/home/global/processusconfessionis99/processus.soesterberg02*
- ³⁷ *Wolfgang Huber, Protestantismus und Protest. Zum Verhältnis von Ethik und Politik, Reinbek bei Hamburg 1987, S. 19.*
- ³⁸ *Arthur Rich, Wirtschaftsethik Bd. 2. Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialetischer Sicht, Gütersloh 1990, S. 17.*
- ³⁹ *Emil Brunner, Das Gebot und die Ordnungen, Zürich 1978 (4. Aufl./1932), S. 387 (s. bei Arthur Rich, WET II, S. 23. Aufgrund seines Ansatzes kann A. Rich im Gegensatz zu Emil Brunner nicht mehr von einem »gottgewollten« Zweck der Wirtschaft sprechen.)*
- ⁴⁰ *Wolfgang Schrage, Ethik des Neuen Testament, Göttingen 1982, S. 60; Siegfried Schulz, Neutestamentliche Ethik, Zürich 1987, S. 102.*
- ⁴¹ *Wort der Kirchen. Miteinander in die Zukunft, September 2001, S. 28 (Pkt 43).*
- ⁴² *Peter Ulrich, Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Wirtschaft, Bern u.a. 1997, S. 203. Peter Ulrich ist seit 1989 Leiter des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen (HSG), das erste seiner Art im deutschsprachigen Raum. Kapitel: „Wirtschaftsethische Grundlagenreflexion II: Vernünftiges Wirtschaften aus dem Blickwinkel der Lebenswelt.“*
- ⁴³ *Franz Segbers, Die Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine theologische Wirtschaftsethik, Luzern 2000, S. 220–223: Vergleich der Denkschriften. Siehe auch Kuno Füssel, Franz Segbers (Hg.), „...so lernen die Völker des Erdkreises Gerechtigkeit“. Ein Arbeitsbuch zu Bibel und Ökonomie, Luzern und Salzburg 1995.*
- ⁴⁴ *so Rolf Dubs, Volkswirtschaftslehre. Bern u.a. 1998 (7. Aufl.), S. 177.*
- ⁴⁵ *so Wolfgang Lienemann, Gerechtigkeit. Ökumenische Studienhefte 3, Göttingen 1995, S. 11.*
- ⁴⁶ *vgl. Heinz Robert Schlette, „Und voll Sanftmut jeder Schritt“. Über die Brüderlichkeit Jesus, in: Brüderlichkeit. Die vergessene Parole, hrsg. von Hans Jürgen Schulz, Stuttgart 1976, S. 39–46.*
- ⁴⁷ *so Fritz Vilmar, Das Prinzip Brüderlichkeit. Mehr Radikalität als im Marxismus, in: Brüderlichkeit. Die vergessene Parole, a.a.O., S. 173 (S. 171–179).*
- ⁴⁸ *Konrad Raiser, Antworten auf die Globalisierung – Herausforderungen für eine Kultur des Friedens, in: Neue Wege, März 2003, S. 80.*
- ⁴⁹ *Peter Ulrich, Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, Bern u.a. 1986, S. 85.*
- ⁵⁰ *Peter Ulrich, Transformation, a.a.O., S. 84.*
- ⁵¹ *a.a.O., S. 83.*
- ⁵² *so Arthur Rich, Wirtschaftsethik Bd. 2, Gütersloh 1990, S. 144.*
- ⁵³ *Peter Ulrich, Transformation der ökonomischen Vernunft, a.a.O., S. 448.*
- ⁵⁴ *Dieses Set von Handlungsimperativen ist das Ergebnis aktueller sozialetischer Reflexionen in den verschiedenen gesellschaftlichen Problembereichen angewandter Ethik.*
- ⁵⁵ *Brundtland-Kommission 1987.*
- ⁵⁶ *H. Bieri, P. Moser, H. Steppacher, Die Landwirtschaft als Chance einer zukunftsfähigen Schweiz. Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft, Zürich 1999, S. 17.*
-

⁵⁷ ÖRK-Erklärung: Erklärung zum Wirtschaftsleben, in: EPD-Dokumentation 45/91 (21.10.1991), S. 30.

⁵⁸ ÖRK-Erklärung, a.a.O. S. 31.

⁵⁹ a.a.O., S. 32.

⁶⁰ a.a.O., S. 32.

⁶¹ Franz Furger, Versuch zum kritischen Gespräch aus europäischer Sicht, in: *Verändert der Glaube die Wirtschaft? Theologie und Ökonomie in Lateinamerika*, hrsg. von Raul Fornet-Betancourt, Freiburg u.a. 1991, S. 172 (S. 172- 183).

⁶² F. Furger, a.a.O., S. 176.

⁶³ F. Furger, a.a.O., S. 183.

⁶⁴ *Wort der Kirchen. Miteinander in die Zukunft*, Bern 2001, S. 15.

⁶⁵ *Gemeinwohl und Eigennutz*, EKD 1991, S. 25.

⁶⁶ Carl Friedrich von Weiszäcker, *Die Zeit drängt. Das Ende der Geduld. Aufruf und Diskussion*, München 1986, S. 50, 81.

⁶⁷ in: Fachstelle OeME (Hrsg.), *Die Kirche und die Globalisierung*, Bern 2003 ,S. 40.

⁶⁸ so Wolfgang Huber, *Protestantismus und Protest*, a.a.O., S. 32-37.

⁶⁹ *Gesangbuch der Evangelisch-reformierten Kirchen der deutschsprachigen Schweiz*, Basel 1998, Lied Nr. 518.